

Jahresblick 2012



Regierung von Unterfranken



Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
PRÄSIDIUM	
Umsetzung des Bayerischen Energiekonzeptes in Unterfranken	2
„Entdecken, erfahren, erleben“	4
Verwaltungsrecht in der Praxis.....	6
SICHERHEIT, KOMMUNALES UND SOZIALES	
Die Einführung des Digitalfunks hat begonnen	7
Investitionskostenförderung 2012 für die Krankenhäuser in Unterfranken.....	8
„Miteinander leben – voneinander lernen“	9
Gemeinsame Sorge für Asylbewerber	10
Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Heimbewohner	11
WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND VERKEHR	
Regionalplanerische Steuerung der Windkraft in Unterfranken	12
Sicherung der Energieversorgung	14
Neue regenerative Energiequellen: DEGREEEN	15
PLANUNG UND BAU	
Der Kiliansdom erstrahlt in neuem Glanz	16
Neue Gaslieferverträge für staatliche Liegenschaften.....	17
Wichtige Straßenbaumaßnahmen in Unterfranken	18
Stadt Mellrichstadt – nach dem Stadtumbau so erfrischend anders.....	19
Lebenshilfe Rhön-Grabfeld – Wohnheim für ältere Menschen mit Behinderung in Mellrichstadt ..	20
SCHULEN	
3. Unterfränkische Lesewochen 2012 „Mädchen UND Jungen“.....	21
Integration durch Bildung	22
Ferienseminar der Regierung von Unterfranken.....	23
Modellversuch Flexible Grundschule geht in die zweite Runde.....	24
Kooperation von Wirtschaftsschule und Mittelschule.....	25
UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	
20 Jahre LIFE-Natur-Förderung der EU in Deutschland.....	26
Rhöniversum – neues Dreigestirn in der Bildung für nachhaltige Entwicklung.....	27
40 Jahre Amtliche Qualitätsweinprüfung in Bayern	28
Interaktive Spiele und regionale Produkte	29
Rio + 20: Agenda 21 in Unterfranken erfolgreich.....	30
GEWERBEAUF SICHTSAMT	
Sicheres Sonnenbaden.....	31
Neues Marketing- und Kommunikationskonzept der bayerischen Gewerbeaufsichtsämter.....	32
Mit System zur sicheren Arbeitsschutzorganisation	33
Gewerbeaufsicht auf Truckertreffen	34
Organisationsoptimierung Gewerbeaufsicht	35
ORGANISATIONSPLAN	36
IMPRESSUM	37



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2012 war ein für Unterfranken erfolgreiches Jahr. Unsere Region steht, dank ihrer breit gefächerten Wirtschaftsstruktur, auf einem soliden Fundament. Niedrige Arbeitslosenzahlen belegen dies. Darauf dürfen wir uns jedoch nicht ausruhen. Jetzt ist es entscheidend, die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen.

Große Kraftanstrengungen wird uns in Zukunft die Neuausrichtung der Energienutzung und Energieversorgung abverlangen. Die Möglichkeiten, die sich jetzt durch das von der Bayerischen Staatsregierung beschlossene Energiekonzept „Energie Innovativ“ auftun, gilt es in Unterfranken in enger Kooperation mit den Kommunen und den Regionalen Planungsverbänden zu nutzen.

Im Bereich bedeutsamer unterfränkischer Infrastrukturmaßnahmen schreitet der notwendige 6-streifige Ausbau der A3 von Aschaffenburg bis Biebelried weiter voran. Ein großer Kraftakt für die beteiligten Behörden und Firmen. Insgesamt könnte – vorbehaltlich der Finanzierung durch den Bund und eines engen Zusammenwirkens mit unserem Nachbarland Baden-Württemberg für das kurze Teilstück bei Wertheim – der Ausbau der A3 in diesem Bereich bis 2018 abgeschlossen sein.

Nach wie vor erfreuen sich die unterfränkischen Hochschulen großer Beliebtheit. Dies zeigt, wie notwendig und wichtig die vergangenen, aber auch künftige Investitionen in unsere unterfränkischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sind. Dies gilt für die Hochschulstandorte Würzburg und Schweinfurt wie auch für die Hochschule Aschaffenburg mit ihren Neubauten und dem neuen Forschungszentrum ZeWIS (Zentrum für wissenschaftliche Services und Transfer Aschaffenburg) im Industrie Center Obernburg oder in der Region Main-Rhön für das neue Technologie-Transfer-Zentrum Elektromobilität in Bad Neustadt a. d. Saale gleichermaßen.

Die anstehenden demografischen Veränderungen in den nächsten Jahren können wir nur gemeinsam bewältigen. Die demografische Entwicklung und der wirtschaftliche Strukturwandel werden langfristig zu einer erhöhten Nachfrage nach Fachkräften führen. Zur Überwindung des Fachkräftemangels hat die Bayerische Staatsregierung jüngst Programme und Initiativen gestartet, getreu dem Motto: „Wir holen die klügsten Köpfe (zurück) nach Bayern“. Auch die Kammern haben die Fachkräftesicherung zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit gemacht.

Dem Thema Integration kommt hier eine entscheidende Rolle zu. Integration geht uns – auch im ureigensten Interesse – alle an. Darauf habe ich beim Integrationsempfang in der Würzburger Residenz Mitte November (s. Seite 9) nochmals besonders hingewiesen.



Gerade unsere Unternehmen und Betriebe sind auch auf eine gelingende Integration von Fachkräften mit ausländischen Wurzeln angewiesen.

Ich danke den vielen sozial engagierten Institutionen und Einrichtungen sowie den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich sowohl für die Integration unserer Mitmenschen als auch um die bei uns untergebrachten Asylbewerber vor Ort kümmern und damit die gemeinsame Sorge für alle Menschen in unserem Land ernst nehmen.

Die genannten Themen werden die Regierungen weiterhin beschäftigen. Ich bin mir aber sicher, dass wir die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam annehmen und zugunsten der Aufrechterhaltung und Entwicklung unseres Gemeinwesens meistern werden.

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich würde mich sehr freuen, wenn Sie am Jahresblick 2012 Gefallen finden könnten. Er bietet Ihnen wieder eine kleine Auswahl verschiedener Themen, die uns im vergangenen Jahr in besonderer Weise beschäftigt haben. Selbstverständlich stehen Ihnen meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Rückfragen unter den angegebenen Kontaktdaten auch gerne persönlich zur Verfügung.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Paul Beinhofer'.

Dr. Paul Beinhofer
Regierungspräsident
von Unterfranken

Umsetzung des Bayerischen Energiekonzeptes in Unterfranken

Regionalkonferenzen „Energie Innovativ“ in Rottendorf und Dettelbach



Nur zwei Monate nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima hat die Bayerische Staatsregierung mit dem Bayerischen Energiekonzept „Energie Innovativ“ vom 24. Mai 2011 einen tiefgreifenden Prozess zur Umgestaltung der Energielandschaft in Bayern festgeschrieben. So soll unter dem Motto „Weg vom Öl und weg vom Atom“ bis zum Jahr 2021 der Beitrag der erneuerbaren Energien zur Deckung des Stromverbrauchs auf 50% steigen, was eine Verdoppelung innerhalb lediglich eines Jahrzehnts bedeutet. Ausdrücklich hält die Staatsregierung am bayerischen energiepolitischen Zieldreieck „sicher, bezahlbar, umweltverträglich“ fest.

Mit dem zweifelsfrei sehr ehrgeizigen Umbau der Energieversorgung in Bayern wird auch eine Dezentralisierung der Standorte der Energieerzeugungsanlagen verbunden sein. Besonders augenfällig wird dieser Wandel bei der Stromerzeugung: Bisher erfolgt sie im Wesentlichen in relativ wenigen zentral und verbrauchsnahe gelegenen Großkraftwerken. Schon heute ist die Veränderung der Energielandschaft besonders

in Form der vielen Windkraftanlagen, der großflächigen Photovoltaikanlagen außerhalb der Ortschaften sowie zahlreicher Biogasanlagen auch in Unterfranken nicht mehr zu übersehen. Die Dezentralisierung und der überregionale Ausgleich zwischen Stromerzeugung und -verbrauch machen einen Ausbau des Leitungsnetzes zwingend nötig. Das ist eine logische Konsequenz der Energiewende.

Die Standorte der Energieerzeugungsanlagen und die Leitungstrassen werden im wahrsten Sinn des Wortes „vor Ort“ errichtet. Daher werden die Gemeinden zum Dreh- und Angelpunkt bei der Umsetzung der Energiewende. Sie sind nicht nur Träger der Planungshoheit im eigenen Wirkungskreis, so zum Beispiel bei der Ausweisung von Flächen für Windkraft-, Photovoltaik- oder Biogasanlagen. Gemeinden verbrauchen selbst Energie und sie fungieren als Vorbild oder Vorreiter, wenn es um Einsparung, Effizienzsteigerung und Optimierung der örtlichen Energieversorgung und Netzinfrastruktur geht. Die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf moderne, stromsparende Leuchtmittel ist ein gutes Beispiel hierfür. Gemeinden sind zudem Anlauf- und Beratungsstelle für Bürger und Unternehmer in vielerlei Lebenslagen. Mittlerweile nimmt die Energiewende in zunehmendem Maße einen wichtigen Part ein.

Aus dieser zentralen Funktion der Gemeinden innerhalb des Prozesses zur Umsetzung der Energiewende entsteht bei den Gemeinden ein verstärkter Bedarf nach energiebezogenen Informationen. Das hat die Regierung von Unterfranken veranlasst, Angebote zu schaffen, die insbesondere auf die spezifischen Belange der Gemeinden ausgerichtet sind. Herauszuheben sind dabei die zwei ersten Regionalkonferenzen „Energie Innovativ“, die für Unterfranken im Jahr 2012 durchgeführt wurden.

Bei der ersten Regionalkonferenz am 23. März 2012 in der Gemeinde Rottendorf (Lkr. Würzburg) wurden ein Einblick in die Aufgaben der Bayerischen Energieagentur „Energie innovativ“ gegeben, der Energie-Atlas Bayern und der Windenergie-Erlass der Staatsregierung vom 20. Dezember 2011 anschaulich erläutert, über das Bauplanungsrecht zu erneuerbaren Energien informiert und ein Überblick über das Leistungsspektrum der Regierung von Unterfranken zum Thema Energie gegeben.

Die zweite unterfränkische Regionalkonferenz am 18. Juni 2012 in der Stadt Dettelbach (Lkr. Kitzingen) hat im Rahmen der Bayerischen Klimawoche 2012 stattgefunden. Den Zielen des



Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer eröffnete am 23. März 2012 die 1. Regionalkonferenz in Rottendorf.



Zahlreiche interessierte Zuhörer nahmen an der 2. Regionalkonferenz in der Maintalhalle der Stadt Dettelbach am 18. Juni 2012 teil.

Klimaschutzes entsprechend standen bei dieser Konferenz die Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz im Vordergrund, denn eine Reduzierung des Energieverbrauches vermindert gleichzeitig auch die klimaschädlichen CO₂-Emissionen. Ein Themenblock der zweiten Regionalkonferenz war dem Energiesparen am Gebäude gewidmet. Dabei wurden Erfahrungen aus geförderten Maßnahmen und aktuelle Förderprogramme ebenso vorgestellt wie Beispiele aus der Praxis. Der zweite Themenblock bezog sich insbesondere auf Energienutzungspläne, wobei deren Aufgaben, Ziele und Strategien sowie Methodik erläutert und durch Beispiele aus der Praxis veranschaulicht wurden.

Beide Regionalkonferenzen haben mit jeweils etwa 200 Teilnehmern eine starke Resonanz gefunden, vor allem aus der anvisierten Zielgruppe der Kommunalpolitiker.

Rainer Kern



Ausführliche Informationen zur „Umsetzung des Bayerischen Energiekonzeptes“ finden Sie im Internet unter <http://www.energieatlas.bayern.de> sowie unter <http://www.energie-innovativ.de>.

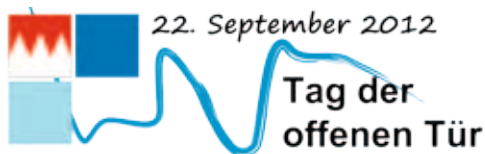
Kontakt

Tel.: 0931/380-1281

E-Mail: energie@reg-ufv.bayern.de

„Entdecken, erfahren, erleben“

Tag der offenen Tür am 22. September 2012



Am Samstag, dem 22. September 2012, veranstaltete die Regierung von Unterfranken nach über sechs Jahren wieder für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger einen „Tag der offenen Tür“.

Rund 1.500 Besucher nutzten in der Zeit von 10 bis 16 Uhr die Gelegenheit, die Institution Regierung kennen zu lernen und begaben sich auf die spannende Entdeckungsreise durch die vielfältige Verwaltungswelt der unterfränkischen Mittelbehörde. Ziel des Tages der offenen Tür war natürlich darzustellen, wofür die Regierung von Unterfranken überhaupt zuständig ist und wer in dieser Behörde arbeitet.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer war als Gastgeber begeistert von dem regen Zuspruch: „Ich freue mich sehr, dass der Tag der offenen Tür unter dem Motto ‚Entdecken, erfahren und erleben‘ hier in Würzburg auf ein breites und durchweg positives Echo gestoßen ist.“ Beinhofer lobte bei seinem Rundgang dabei besonders das enorme Engagement und die Kreativität der

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch der weiteren Aktionspartner bei der Ausgestaltung der zahlreichen Programmpunkte und Auftritte.

Auf dem sanierten Parkplatz und im denkmalgeschützten Verwaltungsgebäude am Würzburger Peterplatz präsentierte sich die Regierung von Unterfranken als eine moderne, regionale Mittel- und Bündelungsbehörde mit vielfältigen Service- und Dienstleistungsfunktionen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellten ihre tägliche Arbeit auf kreative und informative Art und Weise dar und stellten zusätzlich ein unterhaltsames und abwechslungsreiches Rahmenprogramm auf die Beine. So gab es neben einer Vielzahl von Informationen auch ein Quiz zu den Aufgaben der Regierung und verschiedene Aktionen, die zum aktiven Mitmachen einluden. Auch nach der Fußball-EM 2012 erwies sich die Torschussgeschwindigkeitsmessanlage des Bayerischen Fußball-Verbandes als besondere Attraktion für Groß und Klein. Der Kettcar-Parcours der Landesverkehrswacht Bayern e.V. erfreute sich großer Beliebtheit. Im Außenbereich fanden zudem die Hüpfburg und die Spritzwand der Jugendfeuerwehr nicht nur bei kleinen Kindern Anklang.



Die Drehleiter der Staatlichen Feuerweherschule Würzburg auf dem Peterplatz war nur eine von vielen Attraktionen.



Die Spritzwand der Jugendfeuerwehr erfreute Groß und Klein.

In das Nebengebäude in der Stephanstraße zog bereits in den frühen Morgenstunden ein wahrer Besucherstrom. Das Programmkino im dortigen Sitzungssaal D, in welchem mehrere Filme zu den Bereichen Geschichte Würzburgs, Natur und Schulen gezeigt wurden, war wider Erwarten heiß begehrt. Vielleicht lag es auch am Duft des frisch zubereiteten Popcorns, das den Kinobesuch versüßte. Gleich nebenan konnten sich die Besucherinnen und Besucher in der Weinprüfstelle mit dem einen oder anderen unterfränkischen Tropfen über die Arbeit informieren.

Ebenso bot das Haupthaus den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zu informativen und unterhaltsamen Gesprächen mit den Mitarbeitern der Regierung. Im Foyer konnte man sich zu den Aufgaben des Gewerbeaufsichtsamtes, in Sachen „Digitalfunk Unterfranken“ sowie zu „Rauchmeldern“ informieren. Der Infostand lockte die Besucher mit allerhand Give-aways. Die musikalische Umrahmung übernahmen die Band der Christophorus-Schule „Flying Hearts“ und die hauseigene Regierungsband „The RUF‘is“, die jeweils für ordentliche Stimmung sorgten.

Das im großen Sitzungssaal von der 4. Klasse der Ignatius-Gropp-Grundschule Güntersleben aufgeführte Musical „Das Geheimnis der magischen Musik“ erfreute sich bei über 200 Zuschauern großer Beliebtheit. Die Ausstellung zu „Orden und Ehrungen“ war der Renner. Die Blindeninstitutsstiftung Würzburg veranstaltete u. a. mit einem Riechquiz und Tastmemory einen Sinnesparcours im ersten Stockwerk des Hauptgebäudes. Die Aktion Grundwasserschutz mit ihrer Ausstellung und den Wasserexperimenten für Kinder in der Kantine wurde gut besucht.

Die Präsentationen zum Planfeststellungsverfahren für die Erweiterung der Würzburger Straßenbahn und zur Biodiversität in Unterfranken waren ebenso gefragt wie die Ausstellungen zur nachhaltigen Ernährung und zu den „3. Unterfränkischen Lesewochen 2012“. Die Serviceangebote der Beruflichen Schulen Kitzingen und der Staatlichen Berufsschule Main-Spessart „Herbstliche Kränze binden“ und „Maniküre und Nageldesign“ lösten einen regelrechten Besucherandrang aus, der zeitweise die Flure des dritten Stockwerks „verstopfte“. Die aktuellen Themen der Abteilung „Planung und Bau“ zum demografischen Wandel, zum energieeffizienten Bauen und zu den erneuerbaren Energien waren nicht nur bei „Häuslebauern“ beliebt.



Im Foyer der Regierung von Unterfranken herrschte rund um die Uhr großer Besucherandrang.



Die hauseigene Regierungsband „The RUF‘is“ sorgte für ordentliche Stimmung im Atrium.

Insgesamt war es ein kurzweiliger und ereignisreicher Tag, der den Besucherinnen und Besuchern viel Neues, Wissenswertes und jede Menge „Action“ bot. Ein herzliches Dankeschön gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den externen Unterstützern und Helfern, die alle tatkräftig und engagiert diesen Tag vorbereitet und kreativ gestaltet haben.

Lydia Neubert

Kontakt

Tel.: 0931/380-1152

E-Mail: presse@reg-ufr.bayern.de

Die Kinder der Ignatius-Gropp-Grundschule Güntersleben führten im großen Sitzungssaal das Musical „Das Geheimnis der magischen Musik“ auf.



Verwaltungsrecht in der Praxis

Juristenausbildung bei der Regierung von Unterfranken

„Mit den Besten. Für die Besten“, „Bringing the best together“ oder „Für alle, die hoch hinaus wollen“, so werben große Wirtschaftskanzleien um die talentiertesten Berufsanfänger unter den Juristen und Juristinnen. Die Gewinnung eines interessierten und motivierten Nachwuchses ist jedoch auch für die öffentliche Verwaltung von Bedeutung und stellt ein zentrales Thema der staatlichen Personalpolitik dar, arbeiten Juristen doch an wichtigen Schaltstellen und in der Leitungsebene der verschiedensten Behörden. Den sieben Bezirksregierungen in Bayern fällt dabei neben der Justiz eine Schlüsselrolle zu, da sie entscheidend bei der Organisation des zweijährigen Rechtsreferendariats, dem juristischen Vorbereitungsdienst, mitwirken.

Die Befähigung zum Richteramt und die Qualifikation für eine Laufbahn in der Verwaltung in der vierten Qualifikationsebene, dem ehemals höheren Dienst, erlangt der Nachwuchsjurist in Bayern ausschließlich durch die erfolgreiche Ableistung einer Zweiten Juristischen Staatsprüfung. Diese Prüfung folgt dem Rechtsreferendariat, das die Referendare mit den Aufgaben der Rechtspflege und der öffentlichen Verwaltung vertraut macht. Für den Zeitraum, in dem die Rechtsreferendare praktische Erfahrungen bei Behörden oder dem Verwaltungsgericht sammeln, leitet die Regierung von Unterfranken die Gesamtausbildung aller Referendare in Unterfranken.

Parallel finden unter der Leitung der Regierung Arbeitsgemeinschaften im Öffentlichen Recht statt, in denen der Stoff für die Zweite Juristische Staatsprüfung gelehrt wird. Verantwortlich ist hierfür sowie für die verwaltungstechnischen Abläufe die Referendargeschäftsstelle als Teil des Personalsachgebietes. An deren Spitze steht in Würzburg eine hauptamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiterin, die die Unterrichtsinhalte vorbereitet, selbst unterrichtet und nebenamtliche Arbeitsgemeinschaftsleiter betreut. Die personellen und tatsächlichen Rahmenbedingungen sind daher nicht zuletzt aufgrund der Unterstützung des Bayerischen Innenministeriums und des Regierungspräsidiums ideal, um den 50 bis 70 Rechtsreferendaren, die in jedem Halbjahr neu die Ausbildungsstation in der Verwaltung durchlaufen, einen anspruchsvollen Unterricht in den prüfungsrelevanten Fächern anbieten zu können.

Gleichzeitig vermittelt die Regierung von Unterfranken einen Einblick in das weite Aufgabenspektrum eines Juristen in der öffentlichen Verwaltung – die Chance, einen möglichen Arbeitgeber kennenzulernen bzw. sich als attraktiver Arbeitgeber zu präsentieren. Für den Wettbewerb um die „besten Köpfe“ ist man gut gerüstet!

Dr. Hedda Hetzel

Kontakt

Tel.: 0931/380-1064

E-Mail: rechtsreferendarstelle@reg-ufr.bayern.de

Kurs I	2011			2012												2013								
	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep
Kurs II	2012												2013						2014					
	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sep	Okt	Nov	Dez	Jan	Feb	Mär
Stationen §§ 46 f. JAPO	Zivilgericht (5 Monate)			Strafgericht oder Staatsanwaltschaft (3 Monate)			LRA, Gemeinde, Regierung oder Bezirk (4 Monate)			Rechtsanwaltskanzlei (9 Monate)									Pflichtwahlpraktikum (3 Monate)					
	Zivilgericht (3 Monate)						Gericht für Familien- od. FGG- Sachen (2 Monate)			LRA, Ge- meinde, Regierung oder Bezirk (2 Monate)			Verwaltungs- gericht (2 Monate)			Notariat, Verband, od. sonst. rechts- beratende Ausbil- dungsstelle (3 Monate)						Rechtsanwaltskanzlei (6 Monate)		
																Überstaatliche, zwischenstaatliche od. ausl. Ausbil- dungsstelle (3 Monate)						Rechtsanwaltskanzlei (6 Monate)		
																Juristische Fakultät (3 Monate)						Rechtsanwaltskanzlei (6 Monate)		
																DUV Speyer (4 Monate)						Rechtsanwaltskanzlei (5 Monate)		
																Organ der Europäischen Union (5 Monate)						Rechtsanwaltskanzlei (4 Monate)		
Justiz § 50 JAPO	Arbeitsgemeinschaft 1 (Justiz) (12 Monate)												Arbeitsgemeinschaft 3 A (Anwalt-Justiz-Vertiefung) (8 Monate)						Arbeitsgemeinschaft 4.1, 4.3 und 4.6					
Verwaltung § 50 JAPO				Arbeitsgemeinschaft 2 (6 Halbtage)			Arbeitsgemeinschaft 2 (Verwaltung) (7 Monate)			Arbeitsgemeinschaft 3 B (Anwalt- Verwaltung-Vertiefung) (5 Monate)						Arbeitsgemeinschaft 4.2, 4.4, 4.5 und 4.7								

Jeweils zwei Gruppen von durchschnittlich 60 Rechtsreferendaren und Rechtsreferendarinnen durchlaufen in Unterfranken parallel die verschiedenen Ausbildungsstationen im Rechtsreferendariat.

Die Einführung des Digitalfunks hat begonnen ...

Projektgruppe „Digitalfunk Unterfranken“

Die Aufbauarbeiten für den Digitalfunk laufen in Unterfranken auf Hochtouren. Vielerorts wachsen die Masten für die derzeit 124 Digitalfunkstandorte in Unterfranken aus dem Boden. Bis allerdings die Feuerwehren, die verschiedenen Rettungsdienste und Organisationen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr die neue Technik nutzen können, liegt noch einige Arbeit vor ihnen. Denn die Einführung eines solch umfangreichen Projektes muss gut geplant sein.

Netzaufbau

Der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) obliegt die Gesamtplanung und Koordination des bundesweiten Digitalfunknetzes. Aufgabe des Freistaates Bayern ist es, in den Regierungsbezirken geeignete Standorte für Basisstationen zu suchen und für den Aufbau vorzubereiten. Eine Basisstation besteht hauptsächlich aus der Systemtechnik in einem geeigneten Raum oder einer Fertigräumzelle (meist 2m x 2m) und einer Antenne. Maßgeblich für die Qualität des Digitalfunknetzes ist die Auswahl der Standorte. Mit der Durchführung der Baumaßnahmen werden die unterfränkischen Bauämter Aschaffenburg, Schweinfurt und Würzburg von der Regierung von Unterfranken beauftragt. Die Federführung bei der Umsetzung der Maßnahmen und die regionale Steuerung liegen bei der Regierung. Die Baudurchführung wird im Projekt besonders in planungsrechtlichen, bauordnungsrechtlichen und vergaberechtlichen Fragen unterstützt.

Mit dem Aufbau der 124 Digitalfunkstandorte liegt Unterfranken voll im Zeitplan. Im sogenannten 3. Migrationsbereich werden 95% der unterfränkischen Standorte bis zum 15. Mai 2013 fertiggestellt sein. Der erweiterte Probebetrieb soll Anfang 2014 beginnen.

Um die Einführung und Migration effektiv zu koordinieren, wurde Mitte Februar 2012 aufgrund der Initiative der Regierung von Unterfranken, die Projektgruppe „Digitalfunk UNTERFRANKEN“ ins Leben gerufen.

Die unterfränkische Projektgruppe genießt derzeit in Bayern einen „Vorbildcharakter“, da es hier gelungen ist, das Migrationsprojekt mit nur



Basisstation (Foto: PG Digitalfunk UNTERFRANKEN)



einer Projektgruppe für den gesamten Regierungsbezirk anzugehen – und nicht wie sonst üblich auf Leitstellenebene.



Die Gründungsveranstaltung der Projektgruppe fand am 13. Februar 2012 im großen Sitzungssaal der Regierung statt.

Organisation

In sieben Arbeitsgruppen werden Rahmenkonzepte der Projektgruppe „DigiNet“ des Staatsministeriums des Innern auf die Belange und Bedürfnisse der am Digitalfunk teilnehmenden Hilfsorganisationen zugeschnitten. Es werden offene Fragen geklärt, Lösungen und Vorschläge von der 54-köpfigen Projektgruppe erarbeitet. Geleitet wird die Gruppe von Branddirektor Harald Rehmann (Leiter der Berufsfeuerwehr Würzburg), der in der Projektleitung von Udo Röthlein (Rettungsdienstreferent des Bayerischen Roten Kreuz) und Uwe Kinstle (Regionalvorstand der Johanniter Unfallhilfe in Unterfranken) als seinen Stellvertretern unterstützt wird.

Zugearbeitet wird der Projektgruppe durch die Regierung von Unterfranken. Hier nimmt Brandoberinspektor Steffen Weber (Fachberater Brand- u. Katastrophenschutz) die Aufgaben der Stabsstelle wahr und wird durch das Sachgebiet 10 „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“, das die Aufgabe der Geschäftsstelle erledigt, unterstützt. Die sieben Arbeitsgruppen gliedern sich in die Gruppen Einsatztaktik, Betrieb, Endgeräte, Integrierte Leitstelle, Schulung, Test und Öffentlichkeitsarbeit.

Der Projektgruppe übergeordnet ist eine Projektlenkungsgruppe, die die vom Gremium erarbeiteten Vorschläge genehmigt. In der 43-köpfigen Projektlenkungsgruppe sind alle Beteiligten der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr von Unterfranken vertreten.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1271 und 1415
E-Mail: digitalfunk@reg-ufr.bayern.de

Steffen Weber
Ludwig Dorbath

Investitionskostenförderung 2012 für die Krankenhäuser in Unterfranken

Gefördert werden alle Krankenhäuser, die im Krankenhausplan des Freistaats Bayern aufgenommen sind, unabhängig davon, ob es sich um öffentliche, freigemeinnützige oder private Krankenträger handelt. Die Förderung bezieht sich ausschließlich auf die akutstationäre Versorgung. Für ambulante Leistungen, aber auch für Rehabilitationseinrichtungen und im universitären Bereich gelten gesonderte Finanzierungswege.

Im Jahreskrankenhausbauprogramm 2012 wurden in Unterfranken neun Maßnahmen mit einem

Bayern um 40 Mio. € für die Jahre 2013/2014 zugestimmt. Für dieses Förderprogramm wurden von der Regierung von Unterfranken bei den Staatsministerien der Finanzen und für Umwelt und Gesundheit zehn Maßnahmen

Legende

Krankenhäuser (mit Anzahl der Betten und Plätze), die im Krankenhausplan 2012 des Freistaates Bayern enthalten sind

- Öffentlicher Träger
- Freigemeinnütziger Träger
- Privater Träger
- nachrichtlich: Uniklinikum Würzburg



Gesamtbetrag in Höhe von 15,46 Mio. € abfinanziert. Ferner konnte in 2012 die Aufnahme von zwei zusätzlichen neuen Projekten in ein künftiges Jahreskrankenhausbauprogramm mit einer Gesamtfördersumme in Höhe von 30,586 Mio. € erreicht werden.

Für kleine Krankenhausbaumaßnahmen mit einer Fördersumme bis zu 2 Mio. € besteht die Möglichkeit einer Förderung aus dem Regierungskontingent. Im Kalenderjahr 2012 wurden in Unterfranken fünf Maßnahmen mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 2,8 Mio. € gefördert.

Zur Durchführung dringend erforderlicher Hygiene-Verbesserungsmaßnahmen in den Krankenhäusern hat der Ministerrat einer Aufstockung des Regierungskontingents für ganz

men mit auf Plausibilität geprüften förderfähigen Kosten in Höhe von 12,5 Mio. € angemeldet.

Neben der Investitionskostenförderung erhielten alle unterfränkischen Krankenhäuser im Kalenderjahr 2012 Fördermittel in Höhe von insgesamt 17 Mio. € als sogenannte „Jahrespauschalen“. Die Höhe dieser Fördermittel wird nach der medizinischen Aufgabenstellung und den Leistungen des jeweiligen Krankenhauses bemessen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1145 oder 1146
E-Mail: sicherheit.kommunales@reg-ufr.bayern.de

„Miteinander leben – voneinander lernen“

Integrationsempfang des Regierungspräsidenten in der Würzburger Residenz



Im Rahmen des unterfränkischen Integrationsforums lud Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer am 12. November 2012 Engagierte und Akteure der unterfränkischen Integrationsarbeit zu einem Empfang in den Rondellsaal der Würzburger Residenz ein. Unter den rund 100 Gästen der Veranstaltung waren auch etliche Preisträger des Unterfränkischen Integrationspreises, der in diesem Jahr zum 5. Mal von

Neubürgerinnen. Er betonte, dass die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft nicht nur ein ganz besonderer Teil eines gelungenen Integrationsprozesses ist, sondern auch ein Bekenntnis, sich aktiv an der Entwicklung unseres Landes zu beteiligen.



v.l.n.r.: Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer mit zwei Neubürgerinnen Maria Atilmis und Pelin Aytac.



Rund 100 Gäste konnte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer beim Jahresempfang im Rondellsaal der Würzburger Residenz begrüßen.

Die Schulband der Mittelschule Heuchelhof unter der Leitung von Peter

Schäbler und die Erlenbacher Show-Tanzgruppe „Expression“ unter der Leitung von Silke Maar rundeten das vielfältige Rahmenprogramm ab. Der Empfang wurde durch die Journalistin Pelin Aytac moderiert, die selbst gerade erst ihre Einbürgerungsurkunde erhalten hat.

Detlev Ziga

Regierungspräsident Dr. Beinhofer verliehen wurde. Sie alle konnten ein abwechslungsreiches Programm verfolgen. Mit dem Motto **„Miteinander leben – voneinander lernen“** richtete der Regierungspräsident einen Appell an Einheimische und Zuwanderer bei den Integrationsbemühungen nicht nachzulassen. „Integration geht uns alle etwas an, und Integration gelingt nur gemeinsam. Bei der Integration kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu.“, so der Regierungspräsident. „Sie sind der Motor der Integration.“ In vielen Kommunen hat inzwischen jeder vierte oder gar dritte Einwohner einen Migrationshintergrund. Die gesellschaftliche Teilhabe, das Engagement der Zuwanderinnen und Zuwanderer sowie die Auswirkungen erfolgreicher, aber auch misslungener Integration sind in den einzelnen Städten, Gemeinden und Landkreisen direkt erkennbar.



Show-Tanzgruppe aus Erlenbach am Main.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer dankte den Aktiven und Verantwortlichen für ihre bisherige Integrationsleistung und ermutigte sie gleichzeitig, diese wichtige gesellschaftspolitische Aufgabe fortzuführen.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1187 oder 1093
E-Mail: inoid@reg-ufb.bayern.de



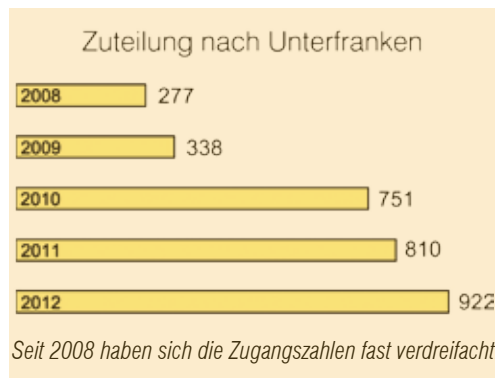
Ausführliche Informationen zur „Integration im Dialog“ finden Sie unter <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de> in der Liste der Aktionen bzw. in der Rubrik „Soziales“.

Während des Empfangs würdigte der Regierungspräsident, stellvertretend für alle im Jahr 2012 bereits Eingebürgerten, die Integrationsbemühungen und -leistungen von zwei

Einbürgerungen in Bayern und Unterfranken					
	2007	2008	2009	2010	2011
Bayern	13.099	9.998	12.053	12.021	12.498
Unterfranken	1.098	911	973	953	1.049

Gemeinsame Sorge für Asylbewerber

In den letzten fünf Jahren hat sich die Zahl der neu in Deutschland ankommenden Asylbewerber verdreifacht. Nach Jahren des Abbaus von Personal und Einrichtungen im Bereich der Asylbewerberversorgung sehen sich die Behörden mit kontinuierlich steigenden Asylbewerberzahlen konfrontiert. Die Regierung von Unterfranken ist im Regierungsbezirk zuständig für die Unterbringung und Versorgung dieser Menschen. Ging man Anfang des Jahres 2012 von monatlich 4.500 bis 5.400 Erstantragsstellern bundesweit aus, so ermittelte das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge für die Herbstmonate einen monatlichen Zugang von mehr als 9.000 Personen. In dieser Zeit stieg die Zahl der Erstantragsteller gegenüber dem Vorjahr um ca. 80%. Die Länder Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo waren etwa im Oktober mit mehr als zwei Drittel aller Anträge die Hauptherkunftsländer – als sogenannte sichere Herkunftsländer für die Antragsteller aber



nahezu ohne Aussicht auf Asylenerkennung. Inzwischen haben die eingeleiteten Gegenmaßnahmen Wirkung gezeigt. Syrien, Afghanistan, Irak, Iran und Pakistan bleiben dagegen zugangstarke Herkunftsländer.



Blick über den Spielplatz der Gemeinschaftsunterkunft Würzburg auf eines der vier Wohngebäude – die Gemeinschaftsunterkunft Würzburg ist mit 450 Plätzen die größte der derzeit 16 unterfränkischen Gemeinschaftsunterkünfte.

Die Regierung von Unterfranken bemüht sich seit 2010 neue Standorte für Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende zu finden. Geeignete Objekte sind selten. 2011 konnten dennoch ca. 200 Plätze neu geschaffen werden. Im März 2012 wurde die Teilgemeinschaftsunterkunft in Gemünden a. Main in Betrieb genommen. Da Mietangebote teilweise gar nicht bzw. nicht kurzfristig realisierbar sind, ist die Direktzuweisung an die Landratsämter nach dem Bayerischen Aufnahmegesetz unumgänglich, bis die Zugangszahlen sich verringern bzw. staatliche Unterkunftsplätze in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Vor allem die bayerische Asylsozialpolitik ist in einem ständigen Veränderungs- und Entwicklungsprozess begriffen. Über Leitlinien zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften, Erleichterungen des Auszugs aus Gemeinschaftseinrichtungen, Gewährung von Geldleistungen und mehr Freizügigkeit werden die Aufenthaltsbedingungen für Asylsuchende und für sonstige Ausländer weiter entwickelt. Seit November 2012 läuft in der GU Würzburg das Modellprojekt „Verzicht auf den Vorrang der Sachleistungsgewährung für auszugsberechtigte Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)“. Gerade das Angebot an Deutschkursen ist in letzter Zeit in allen Gemeinschaftsunterkünften erheblich verbessert worden.

An allen Unterkunftsstandorten wird von staatlicher, kommunaler und verbandlicher Seite, insbesondere aber durch motivierte und engagierte Einzelpersonen und Gruppen vorbildliche Unterstützungs- und Betreuungsarbeit für die Asylsuchenden geleistet.

Thomas Weingart



Die Teilgemeinschaftsunterkunft Gemünden mit einer Kapazität von 60 Plätzen vor dem Erstbezug – alleine in Unterfranken müssen noch mindestens 400 Plätze eingerichtet werden.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1187

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de

Verbesserung der Lebensqualität pflegebedürftiger Heimbewohner

Als Aufsichtsbehörde über die Kreisverwaltungsbehörden, denen u. a. die Überwachung der stationären Alten- und Pflegeheime obliegt, ist der Regierung von Unterfranken sehr an der Schulung und Fortbildung der für den Vollzug dieser Aufgabe zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kreisverwaltungsbehörden aber auch der in den Einrichtungen der stationären Altenhilfe beschäftigten Pflege- und Leitungskräfte gelegen. In Unterfranken gibt es zurzeit 174 Einrichtungen der stationären Altenhilfe. In diesen werden 14.002 Heimplätze angeboten, davon sind 13.093 Pflegeplätze. Rund 25% der pflegebedürftigen Heimbewohner sind Schwerstpflegebedürftige und bei der

gerichtliche Genehmigung vorliegt – stets das letzte Mittel ist, das nur dann zum Einsatz kommen darf, wenn es keine Alternativen gibt.

Derartige Alternativen aufzuzeigen, war einmal mehr Gegenstand einer Fachtagung, die die Regierung von Unterfranken in ihrer Funktion als Aufsichtsbehörde über die für den Vollzug des Pflege- und Wohnqualitätsgesetzes zuständigen Kreisverwaltungsbehörden in Zusammenarbeit mit dem Kreisseniorenheim Marktheidenfeld am 27. September 2012 in Marktheidenfeld für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Alten- und Pflegeheimen sowie in den Kreisverwaltungsbehörden veranstaltete.

Reinhold Kuhn



Foto: Dr. Michael Deubert

Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität täglich rund um die Uhr auf Hilfe angewiesen. In Einrichtungen der Altenhilfe kommt es häufig zur Anwendung – gerichtlich genehmigter – freiheitsentziehender Maßnahmen, etwa durch Fixierungen mittels Gurten. Sie sind in aller Regel zum Schutz der betroffenen Menschen gedacht, um sie vor sturzbedingten Verletzungen zu bewahren, haben aber oft unerwünschte Wirkungen wie zunehmende Immobilität, Gelenkversteifungen, Dekubitusgeschwüre und Depressionen. Auch Todesfälle können sich ereignen, wenn sich fixierte Menschen aus den Gurten zu winden versuchen und sich dabei strangulieren. Deshalb muss darauf geachtet werden, dass eine freiheitsentziehende Maßnahme in jedem Einzelfall – selbst wenn eine

Professorin Dr. Bredthauer erklärt die nachteiligen Wirkungen von Fixierungen.

Weiterführende Informationen zu dem Thema finden Sie unter dem Stichwort „Sonstiges“ unter:
www.regierung.unterfranken.bayern.de/aufgaben/2/uebersicht.html.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1063

E-Mail: soziales@reg-ufr.bayern.de



Regionalplanerische Steuerung der Windkraft in Unterfranken

Die Energiewende ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit. Sie bedeutet eine völlige Umgestaltung einer Energieversorgung, die über mehr als ein Jahrhundert gewachsen ist: Der Ersatz von Atomkraft und fossilen Energieträgern durch regenerative Energieträger und die weitgehende Ablösung einer auf zentralen Großkraftwerken basierenden Versorgungsstruktur durch eine dezentrale Struktur erfordert einen langen Atem. Einen wichtigen Beitrag für die künftige Stromversorgung wird die Windkraft leisten müssen, da bei ihr – im Gegensatz z.B. zur Wasserkraft – noch größeres Ausbaupotential besteht. Das bayerische Energiekonzept sieht eine Verzehnfachung des Beitrags der Windkraft auf 6 bis 10% des Strombedarfs vor. Dazu sollen in Bayern 1.000 bis 1.500 Windkraftanlagen bis zum Jahr 2021 errichtet werden. Insgesamt soll im Jahr 2021 bereits 50% des bayerischen Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden.

Die große raumplanerische Herausforderung ist, diese Windkraftanlagen „raumverträglich unterzubringen“. Anders ausgedrückt: Wie sollen in einem relativ dicht besiedelten Land, das zugleich durch wertvolle, empfindliche Landschaften geprägt ist, großtechnische Anlagen, die jegliche vorhandenen Größendimensionen sprengen, konfliktarm oder sogar konfliktfrei angesiedelt werden?

Immerhin sind die höchsten Kirchtürme im ländlichen Raum nur halb so hoch wie aktuelle Windkraftanlagen. Grundsätzlich sind nach dem Baugesetzbuch des Bundes Windkraftanlagen im Außenbereich privilegierte Vorhaben, das heißt, auf eine Baugenehmigung besteht Anspruch, wenn nicht öffentliche Belange entgegenstehen.

Hier erhalten die Regionalen Planungsverbände eine entscheidende Aufgabe: Sie können im Rahmen eines planerischen Gesamtkonzeptes für die Region Vorrang-, Vorbehalts- und ggf. Ausschlussgebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen festlegen und dadurch vorausschauend Raumnutzungskonflikte lösen. Die Windkraftnutzung kann so in einem größeren räumlichen Zusammenhang nach einer Gesamtabwägung mit allen anderen betroffenen Belangen und Interessen gesteuert werden. Damit ist es möglich, einen unkoordinierten, die Landschaft zersiedelnden Ausbau zu verhindern. Auch ist der Anschluss an das Stromnetz wirtschaftlicher möglich als bei verstreut liegenden Einzelanlagen. Bisher ist in den Regionalplänen der Regionen Bayerischer Untermain, Würzburg und Main-Rhön verbindlich festgelegt, dass die Windkraftnutzung in den Landschaftsschutzgebieten der Naturparke Rhön, Spessart, Odenwald, Steigerwald und Haßberge ausgeschlossen ist, weil sie die wertvollsten Landschafts- und Erholungsräume in Unterfranken sind. Dieser Ausschluss ist allerdings nur dann aufrecht zu erhalten, wenn in den übrigen Teilen der drei Planungsregionen der Windkraft ausreichend Raum gegeben werden kann. In der Region Würzburg besteht seit 2009 ein mit den Kommunen und wichtigen Fachstellen abgestimmtes Konzept, das 2013 in eine weitere, umfassende Anhörung gebracht werden soll. Auch für die Region Main-Rhön wurde bereits ein Regionalplanentwurf erarbeitet, der bereits in die zweite Anhörung gegangen ist.

Windkraftanlagen sind weithin sichtbar. Hier zwei Anlagen im Landkreis Kitzingen, im Hintergrund der Schwanberg. Moderne Windkraftanlagen im Binnenland haben häufig bereits eine Nabenhöhe von 140 m, eine Gesamthöhe von 200 m, einen Rotordurchmesser von über 100 m und eine Leistung von über 3 MW.



Aufgrund vielfältiger Einwendungen von Bürgerinitiativen wie auch neuer Erkenntnisse, insbesondere der Naturschutzbehörden hinsichtlich des Artenschutzes, kann das Regionalplanverfahren nicht wie beabsichtigt in Kürze zum Abschluss gebracht werden. In der Region Bayerischer Untermain wird ein Konzept mit Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebieten gegenwärtig erarbeitet. Diese anspruchsvolle Arbeit leisten Mitarbeiter der Regierung von Unterfranken als höhere Landesplanungsbehörde. Abgewogen und beschlossen werden die Regionalpläne zur Windkraftnutzung von Vertretern der jeweiligen Regionalen Planungsverbände im Planungsausschuss, in denen insbesondere die Landräte, weitere Vertreter der Landkreise und Bürgermeister Mitglied sind.

Auch wenn die Energiewende weitgehend im Konsens beschlossen wurde, zeigt sich – analog zur Planung großer Infrastrukturvorhaben – sehr deutlich, dass die Schwierigkeit bei der Umsetzung vor Ort erst richtig beginnt. Wenn es konkret wird, wenn Menschen und auch fachliche Interessen (Natur und Artenschutz, Grundwasserschutz, Rohstoffsicherung, Luftverkehr, Infrastruktureinrichtungen und militärische Belange usw.) direkt betroffen sind, ist es kaum noch möglich, konkrete Gebiete für Windparks im Konsens auszuweisen. Die offensichtlichen Vorteile dieser Stromerzeugung gepaart mit dem unternehmerischen Interesse der Gewinnerzielung treffen dann auf andere konkurrierende Nutzungen und beispielsweise auf die Befürchtungen der Anwohner vor Lärm, optischer Beeinträchtigung ihres Lebensumfeldes und Abwertung ihrer Grundstücke. Hier kann die

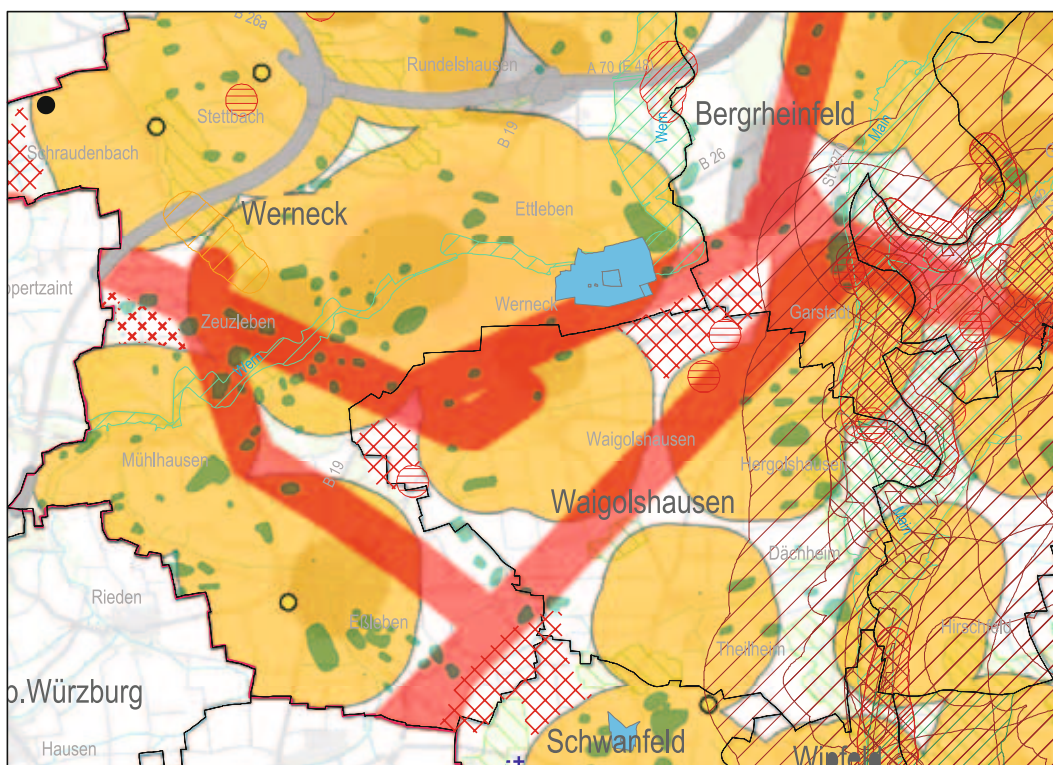
Regionalplanung mit ihrem Instrumentarium von Vorrang-, Vorbehalts- und Ausschlussgebieten zu einer vernünftig abgewogenen Raumnutzung beitragen.

Aus der Sicht der Raumordnung ist von Vorteil, dass die gegenwärtig in Aufstellung befindlichen Regionalplan-Konzepte bereits eine Steuerungswirkung entfalten, da sie bei den einzelnen Genehmigungen von Windkraftanlagen zu berücksichtigen sind. Die befürchtete „Verspargelung“ lässt sich so schon verhindern. Auch werden in der Regionalplanung teilweise wesentlich größere Abstände zur Wohnbebauung vorgesehen als bei Einzelgenehmigungen erforderlich wären. Dies soll auch der langfristigen Akzeptanz der Windkraft dienen.

Und noch eine gute Nachricht zum Abschluss: Unterfranken erzeugt bereits jetzt mit über 140 Anlagen (Stand: Ende 2012) bayernweit am meisten Windstrom und leistet so bereits seinen Beitrag zur Energiewende.

Oliver Weidlich

Die Abbildung zeigt einen Ausschnitt aus der Karte der Region Main-Rhön, die die Ausschluss- und Beschränkungsgebiete für Windkraftnutzung darstellt. Erkennbar sind z.B. die Abstände zu den Siedlungen (orange), das Überschwemmungsgebiet der Wern und des Mains (grün schraffiert), ein Wasserschutzgebiet (blau), Hochspannungsfreileitungen (rot) und Bodendenkmäler (grün). Wo keine Belange entgegenstehen, werden Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Windkraft möglich (rote Schraffur bzw. Kreuze), über die der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes berät und beschließt.



Kontakt
 Tel.: 0931/380-1396
 E-Mail: wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufi.bayern.de

Sicherung der Energieversorgung

Baurecht für die Erdgas-Loopleitung Sannerz-Rimpar

Der bedarfsgerechte Ausbau des Gastransportnetzes ist neben dem Ausbau der Stromnetze von entscheidender Bedeutung für eine sichere Energieversorgung. Einen wichtigen Baustein zur Versorgungssicherheit hat die Regierung von Unterfranken mit dem Planfeststellungsbeschluss vom 28.02.2012 beigesteuert, der Baurecht für den von der Open Grid Europe GmbH beantragten Neubau des bayerischen Abschnitts der Erdgas-Loopleitung Sannerz-Rimpar geschaffen hat.

Die insgesamt ca. 67 km lange Rohrleitung mit einem Durchmesser von DN 1000 (1016 mm) dient dem Transport von Erdgas zwischen den bestehenden Knotenpunkten mit Anschlüssen an funktionierende Pipeline-Netze in Sannerz (Hessen) und Rimpar (Bayern). Der Neubau hat sich als notwendig erwiesen, da ein vom Leitungsbetreiber durchgeführtes formelles Marktabfrageverfahren (sog. Open Season) einen Transportbedarf für Gas ergeben hatte, der mit der bereits bestehenden Leitung zwischen

von ca. 57 km. Die Trasse verläuft überwiegend parallel zu der bestehenden Erdgastransportleitung, muss aber vor allem aus Gründen des Naturschutzes an einigen Stellen von der Parallellage abweichen.

Das Anhörungsverfahren gestaltete sich wegen der beachtlichen Leitungslänge mit entsprechend großer Zahl an Betroffenen außergewöhnlich aufwendig. Für die Öffentlichkeitsbeteiligung waren die Planunterlagen bei elf Gemeinden auszulegen. Daneben waren mehr als 40 Träger öffentlicher Belange anzuhören. Schließlich war auch eine enge Abstimmung mit dem für den hessischen Abschnitt zuständigen Regierungspräsidium Darmstadt erforderlich. Bei der abschließenden Entscheidung galt den Belangen des Naturschutzes und der Wasserwirtschaft besonderes Augenmerk, da die Trasse mehrere Schutzgebiete durchquert. Der Planfeststellungsbeschluss enthält zahlreiche Schutzauflagen und sonstige Nebenbestimmungen.

Sylvia Schindler



den genannten Knotenpunkten nicht befriedigt werden kann. Der von der Regierung von Unterfranken festgestellte Plan umfasst den Bauabschnitt zwischen der hessisch-bayerischen Landesgrenze bei Zeitlofs (Landkreis Bad Kissingen) und der Verdichterstation in Rimpar (Landkreis Würzburg) mit einer Leitungslänge

Die planfestgestellte Leitung wird realisiert – Blick über die Trasse während der Baumaßnahme.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1213

E-Mail: wirtschaft.landesentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Neue regenerative Energiequellen: DEGREEN

Elastomerbasierte Generatoren zur Gewinnung elektrischer Energie

Erneut stärkt der Freistaat den Forschungsstandort Bayern und begleitet aktiv die Energiewende durch die Förderung des Forschungsprojektes DEGREEN mit 8 Mio. € über fünf Jahre. „Wir werden damit die angewandte Energieforschung im Bereich der erneuerbaren Energien ausbauen. Mit der Entwicklung der polymerbasierten Generatoren ergeben sich für die bayerische Industrie sehr große Chancen für einen neuen Markt, denn die Wertschöpfungskette kann von der Material- und Elektronikentwicklung bis hin zur Modulfertigung komplett in Bayern abgewickelt werden.“, so Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer.

Forschungsprojekte, die Technologielösungen finden, die mittel- und langfristig auch in ländlichen Regionen eine dezentrale Stromversorgung sicherstellen können und so nachhaltig arbeiten, dass sie für Mensch und Natur im Idealfall keine Belastung darstellen, muss unser aller Ziel sein.“

Wind- und Wasserräder, Turbinen oder Stufen sorgen seit Jahren, ja Jahrzehnten, erfolgreich für Energie aus regenerativen Energiequellen. Allen gemein ist allerdings auch, dass sie nicht ohne Auswirkungen auf die Umwelt sind, ob z.B. optisch, akustisch oder



© electriceye, fotolia und K. Dobberke für Fraunhofer ISC

An einem der fünf Zentren des Instituts für Silicatforschung (ISC) der Fraunhofer Gesellschaft für angewandte Forschung e.V., dem Centrum Smart Materials (CeSMA), gab bereits im September 2012 der Bayerische Wirtschaftsminister Martin Zeil durch die Übergabe des Förderbescheides den Startschuss für das nachhaltige Forschungsprojekt DEGREEN.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer weist darauf hin, dass „regenerative Energiequellen immer wichtiger für uns werden. Angewandte

Dielektrische Elastomer-Generatoren sollen zukünftig als umwelt- und ressourcenschonende Energiewandler zur Stromgewinnung aus Wind- und Wasserkraft beitragen. Das Forschungsprojekt DEGREEN des Fraunhofer ISC wird vom Bayerischen Wirtschaftsministerium gefördert.

biologisch. In dem Projekt DEGREEN suchen Forscher und Entwickler nach neuen Technologien, die die Nebenwirkungen reduzieren. Der neue Technologieansatz beruht auf einer der Expertisen des Zentrums CeSMA, den dielektrischen Elastomerfolien. Sie kommen als Generatoren (DEGs) zum Einsatz. Die hohe Flexibilität der DEGs macht die Umwandlung von mechanischer in elektrische Energie möglich, indem durch Wind und Wasser diese mechanisch gedehnt werden und über die damit verbundene Kapazitätsänderung elektrische Energie erzeugt wird.

Dieses ehrgeizige und zukunftsweisende Projekt bietet eine weitere Chance bayerische technologieorientierte Unternehmen mit gezielter Forschung zu unterstützen und Unterfranken als Innovations- und Forschungsstandort im Wettbewerb weiter zu profilieren.

Gisela Götz



Kontakt

Tel.: 0931/380-1225

E-Mail: wirtschaft.landentwicklung.verkehr@reg-ufr.bayern.de

Der Kiliansdom erstrahlt in neuem Glanz

Am ersten Adventssonntag 2012 eröffnete Bischof Dr. Friedhelm Hofmann feierlich mit einem Pontifikalamt im Beisein des Regierungspräsidenten den „neuen“ Kiliansdom nach 16-monatigen Sanierungsarbeiten.



Die Würzburger Bischofskirche zählt nach Speyer, Mainz und Worms als viertgrößter romanischer Dom in Deutschland und damit als größter in Bayern.

So ist es nicht verwunderlich, dass sage und schreibe 8.000 m² Wandflächen und 4.500 m² Deckenflächen im Innern eingerüstet werden mussten, um alle Oberflächen und die künstlerischen Ausstattungen reinigen und farblich neu fassen zu können.

Dabei oblag die Durchführung der Maßnahmen dem Staatlichen Bauamt Würzburg. Von den entstandenen Gesamtkosten in Höhe von 3,1 Mio. € übernahm der Freistaat Bayern 1,1 Mio. € und die Kirche 2 Mio. €.

Wie kommt es zu dieser staatlichen Beteiligung? Im Konkordat von 1925 hat sich der Freistaat verpflichtet, für die Dome finanzielle Beiträge zum Bauunterhalt zu leisten. De facto übt hier der Staat eine primäre Baulast aus, die sich



Fotos: Staatliches Bauamt Würzburg, Landesamt für Denkmalpflege



auf eine Unterhaltung „unter Dach und Fach“ beschränkt. So erklärt sich der vergleichsweise hohe kirchliche Anteil. Denn für denkmalpflegerische Arbeiten, künstlerische Ausstattungen und liturgisch bedingte Umgestaltungen hat die Kirche die Kosten zu übernehmen.

Seit 1990 hat sich der Freistaat Bayern jedoch verpflichtet, im Rahmen einer „Gemeinsamen Bekanntmachung“ zwischen den Staatsministerien des Innern, für Unterricht und Kultus und für Wissenschaft, Forschung und Kunst „ohne Anerkennung einer Rechtspflicht im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nach Maßgabe des Einzelfalls 50% der Kosten für die aus denkmalpflegerischen Gründen notwendige Instandsetzung von Fresken, Stuck, Grabdenkmälern, Altären (Altartisch und Aufbau), Gestühl, Kanzel, Taufstein und Beichtstühlen, soweit diese fest eingebaut sind“, zu tragen.

Insgesamt trägt der Freistaat an rund 1.300 kirchlich genutzten Gebäuden in staatlichem oder kirchlichem Eigentum die Baulast.

Festzuhalten bleibt: Der Freistaat Bayern erfüllt seine Pflichten im Rahmen der staatlichen Baupflicht auf verantwortliche Weise. Damit leistet er einen segensreichen Beitrag für den Erhalt unseres baulichen Erbes und zur Stärkung der Baukultur.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1415

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Neue Gaslieferverträge für staatliche Liegenschaften

Bayernweite Ausschreibung auch in Unterfranken mit erheblichen Einsparungen

Für die Nutzung staatlicher Liegenschaften und Gebäude sind Strom und Wärme unabdingbar. Durch die Öffnung des Energiemarktes und die damit verbundenen Vorschriften wie das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG), ist ab einer festgelegten Kostengrenze für Strom- und Gasbezug die EU-weite Angebotseinholung bzw. Ausschreibung vorgesehen.

Um den Verwaltungsaufwand für die einzelnen staatlichen Kunden zu minimieren, hat die Bayerische Staatsbauverwaltung als Service angeboten, zentral die Ausschreibung für alle Ressorts zu übernehmen.

Die Staatsbauverwaltung hatte erstmals im Jahr 2010 für fast 400 staatliche Dienststellen des Freistaates Bayern eine europaweite Ausschreibung zur Gasbeschaffung für die Jahre 2011/12 durchgeführt. Diese „Gas-Ausschreibung“ hatte in ihrem Umfang bundesweiten Pilotcharakter und führte zu einer Energiekosteneinsparung von insgesamt rund 20 Mio. € für den Freistaat Bayern; dies entspricht einer Reduzierung von über 26% im Verhältnis zu den vorherigen Gasbezugskosten.

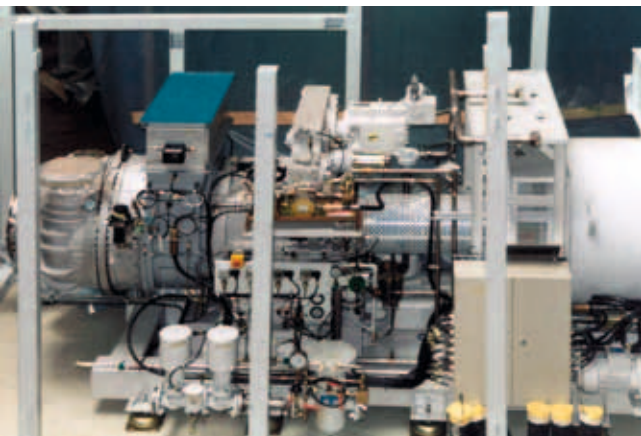
Da die bestehenden Gaslieferverträge zum 31. Dezember 2012 ausliefen, wurde erneut eine europaweite Ausschreibung auf Basis der VOL durchgeführt. Diese Serviceleistung der Bauverwaltung war Grundlage zum Abschluss für neue Verträge von 613 staatlichen Abnahmestellen in Bayern für die Erdgaslieferung im Zeitraum 2013 und 2014.

Die vergabe- und haushaltsrechtliche Abwicklung des Gesamtpakets wurde dem Staatlichen Bauamt Würzburg unter Aufsicht der Regierung von Unterfranken übertragen.

Wegen der großen Gasabnahmemenge von rund 950 GWh pro Jahr, eine Gasmenge die in etwa dem Jahresverbrauch von 50.000 Einfamilienhäusern entspricht, wurde die Ausschreibung in 24 Einzellose aufgeteilt. Um auch mittelständischen Energieversorgungsunternehmen eine Teilnahme zu ermöglichen, wurden unterschiedliche Losgrößen gebildet. Der Regierungsbezirk Unterfranken war hierbei mit 4 Losen vertreten. Das Spektrum der zu versorgenden Liegenschaften aller Ressortministerien reichte von dem Schloss Johannisburg in Aschaffenburg, verschiedenen Polizeiinspektionen, Finanzämtern, Justizgebäuden, über die Landesanstalt für Wein- und Gartenbau Veitshöchheim, das Staatsgut Schwarzenau, über das Landesamt für Landwirtschaft in Kitzingen, das Beschussamt Mellrichstadt, die Hochschulen Aschaffenburg und Würzburg-Schweinfurt sowie die Julius-Maximilians-Universität bis zum Universitätsklinikum Würzburg, wo unter anderem zwei große Gasturbinen für Strom- und Wärmeversorgung installiert sind.

Durch die Bündelung der Gaskunden war es dem Freistaat Bayern mit dieser Ausschreibung für den Bezugszeitraum 2013/14 wieder möglich, auch für unterfränkische Liegenschaften einen wirtschaftlichen Gasbezugspreis mit einem für die Vertragsdauer „eingefrorenen“ Teuerungszuschlag zu erzielen.

Klaus Schliermann



Wärmeversorgung des Universitätsklinikums Würzburg durch zwei große Gasturbinen (Fotos: Staatliches Bauamt Würzburg).

Kontakt

Tel.: 0931/380-1402

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Wichtige Straßenbaumaßnahmen in Unterfranken

Aktuelle Großprojekte zügig vorangebracht

In Bezug auf den Fortschritt wichtiger unterfränkischer Verkehrsprojekte kann auch das Jahr 2012 wieder als durchaus erfolgreich angesehen werden. So konnte mit dem Neubau der Mainbrücke Klingenberg im Verlauf der Staatsstraße 3259/2309 die letzte der vier unterfränkischen Mainbrücken im Rahmen eines PPP-Pilotprojektes (öffentlich-private Partnerschaft) fertig gestellt werden. Aber auch bei der Ortsumgehung von Goßmannsdorf mit neuer Mainbrücke im Zuge der Staatsstraße 2418 kamen die Bauarbeiten im Jahr 2012 gut voran. Von zunehmender Bedeutung ist die Bestandserhaltung des Straßennetzes. Sowohl Bund als auch Land sind sich dieser großen Aufgabe bewusst und wollen die Bestandserhaltungsmittel auch in den folgenden Jahren auf hohem Niveau halten. Eine besondere Herausforderung stellte diesbezüglich die Sanierung der hoch belasteten B19 im nördlichen Einfahrtsbereich von Würzburg dar. Hier galt es durch eine intensive Vorplanung u.a. die Beeinträchtigungen für die Verkehrsteilnehmer zu minimieren.

Neubau Mainbrücke Klingenberg

Im Rahmen des PPP-Pilotprojektes wurden dem Auftragnehmer neben dem Bau der Mainbrücke die private Vorfinanzierung sowie die Bauwerks-erhaltung über 25 Jahre übertragen. Die Rückzahlung der Baukosten erfolgt in 10 Jahresraten nach Fertigstellung und Inbetriebnahme durch den Freistaat Bayern.

Die Gesamtverantwortung des Auftragnehmers für Bau und Unterhaltung soll Innovation, Rationalisierung und Qualitätssicherungsmanagement fördern. Der Auftraggeber erspart sich Aufwendungen bei der Bauvorbereitung und Qualitätskontrolle. In Unterfranken konnten die Mainbrücken Bergheinfeld, Segnitz, Volkach und Klingenberg im Rahmen von PPP-Pilotprojekten zeitnah erneuert werden. Die Mainbrücke Klingenberg wurde nach ca. zweijähriger Bauzeit im Juli 2012 von Staatssekretär Gerhard Eck unter großer Beteiligung der Bevölkerung feierlich dem Verkehr übergeben. Die Gesamtkosten für das Projekt belaufen sich inkl. Bau, Erhaltung und Finanzierung auf rd. 11,3 Mio. €.

Ortsumgehung Goßmannsdorf mit Mainbrücke

Die Ortsumgehung Goßmannsdorf entlastet die enge Ortsdurchfahrt Goßmannsdorfs vom Durchgangsverkehr, beseitigt den Bahnübergang (BÜ) am nördlichen Ortseingang und verbindet die linksmainische Staatsstraße 2418 mit der rechtsmainischen B13.

Die Neubaustrecke ist rund 2,6 km lang und kostet etwa 25 Mio. €.



Verkehrsfreigabe der Staatsstraße 3259/2309 einschließlich Neubau der Mainbrücke Klingenberg am 27. Juli 2012 durch Staatssekretär Gerhard Eck.

Die Bauarbeiten werden in drei Bauabschnitten (BA) ausgeführt:

- BA I: Bau der Mainbrücke
- BA II: BÜ-Beseitigung und Anschluss Nord
- BA III: Verbindungsstück zw. BA I und II – die eigentliche Ortsumgehung.

Die Bauarbeiten begannen im August 2005 an der Mainbrücke. Am 21.12.2009 wurde die neue Mainbrücke für den Verkehr freigegeben. Im Anschluss daran gingen die Bauabschnitte II und III in Bau. Die Verkehrsfreigabe der Ortsumgehung Goßmannsdorf soll nach Gesamtfertigstellung des rd. 25 Mio. € teuren Staatsstraßenprojektes nun termingerecht im 1. Halbjahr 2013 erfolgen.

Fahrbahn- und Bauwerkssanierung im Norden Würzburgs

Nachdem im Jahr 2011 die Fahrbahn der B19 in Richtung Stadtmitte Würzburg instand gesetzt wurde, war im Zeitraum vom 25.05. bis 20.09.2012 die Fahrbahn in Fahrtrichtung Schweinfurt ertüchtigt worden. Im Zuge des rund 2 Mio. € teuren Straßenbauprojektes wurden die Fahrbahn und die Verbindungsrampen an der Anschlussstelle „Am Handelshof“ sowie ein Bauwerk saniert und zur Reduzierung der Lärmwirkung auf die umgebende Bebauung ein Lärm mindernder Fahrbahnbelag eingebaut.

Die Verkehrsführung für die Bauzeit wurde in intensiver Abstimmung mit der Polizei und der Verkehrsbehörde der Stadtverwaltung entwickelt. Durch eine detaillierte Planung der einzelnen Bau- und Verkehrsführungsphasen unter Ausnutzung der verkehrsarmen Zeit in den Sommerferien gelang es für die sehr stark belastete Straße eine funktionierende Baustellenverkehrs- und Umleitungsführung unter den doch sehr schwierigen Randbedingungen anzubieten. Die Baustelle konnte termin- und kostengerecht abgewickelt werden.

Kontakt
Tel.: 0931/380-1432
E-Mail: bauwesen@reg-ufv.bayern.de

Christoph Eberlein

Stadt Mellrichstadt – nach dem Stadtumbau so erfrischend anders

Nach dem Bekanntwerden der nahezu gleichzeitigen Schließung der Bundeswehrkaserne und des Kreiskrankenhauses in Mellrichstadt stand die Stadt im Jahre 2006 vor einem weitreichenden Umstrukturierungsprozess. Unter dem Motto „Projekt Zukunft: Bürger planen ihr Mellrichstadt“ stellte sich die Stadt dieser Herausforderung und erarbeitete gemeinsam mit den Bürgern, unterstützt über das Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“, ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK), in dem die zukünftigen Handlungsschwerpunkte der Stadt aufgezeigt wurden.

Als zentrale Leitlinie definierte man u.a. die Attraktivitätssteigerung und funktionale Stärkung der Innenstadt, die Sicherung und Stärkung des innerstädtischen Handels sowie die Stärkung und den Ausbau des Tourismus. Als Impulsprojekt wurde dabei die Neugestaltung der Altstadt hervorgehoben.

Um hierfür die qualitativ beste und überzeugendste Lösung zu finden, lobte die Stadt einen städtebaulichen Wettbewerb aus, in dem der Entwurf des Planungsbüros Staubach, Carpatti & Söhne aus Berlin als 1. Preisträger hervorging und auch zur Ausführung kam.

Zwei Jahre lang sollte die Baustelle in der Altstadt von Mellrichstadt auch für Bewohner, Besucher und Geschäftsleute eine Herausforderung und für das Stadtmarketing ein Haupthandlungsfeld werden. Aber dass dies sehr gut bewältigt wurde, lag nicht zuletzt daran, dass die Baustelle nicht als notwendiges Übel gesehen, sondern selbst zum Event erhoben wurde.

Am 24. Juni 2012 konnte, unter Beisein zahlreicher Ehrengäste, darunter Staatssekretär Gerhard Eck und Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke, der offizielle Abschluss der Neugestaltung der Innenstadt gefeiert werden. Gemeinsam mit den Mellrichstädter Bürgerinnen und Bürgern konnten sich die zahlreichen Besucher im Rahmen des traditionellen Stadtfestes davon überzeugen, dass die neu gestalteten öffentlichen Freiflächen wieder ein hohes Maß an Gestaltqualität bieten und zum Verweilen geradezu einladen. Gerade auch bei Dunkelheit verleiht eine nun akzentuiert eingesetzte Beleuchtung der Altstadt ein ganz besonderes Flair.

Insgesamt konnten für den 1. und 2. Bauabschnitt der Neugestaltung der Altstadt von Mellrichstadt aus dem Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“ Zuschüsse in Höhe von rd. 2,12 Mio. € bewilligt werden. Auch dank dieser finanziellen Unterstützung ist es der Stadt Mellrichstadt



Blick auf Marktplatz und obere Hauptstraße

Foto: Fred Rautenberg



Marktplatz mit beleuchtetem Fontainenfeld

Foto: Fred Rautenberg

zwischenzeitlich gelungen, positive Impulse zu setzen und den gewünschten, nachhaltigen Wandlungsprozess in Schwung zu setzen.

Und dass es der Stadt Spaß macht, sich unter ihrem neuen Motto: „Mellrichstadt, eine junge, moderne Stadt in alten Mauern“ weiterhin kreativ zu präsentieren, zeigt sich u.a. daran, dass beim Einkauf in der Altstadt Erfrischungstücher mit dem Aufdruck verteilt werden: „Stadt Mellrichstadt...nach dem Stadtumbau so erfrischend anders!“

Manfred Grüner

Kontakt

Tel.: 0931/380-1440

E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Lebenshilfe Rhön-Grabfeld – Wohnheim für ältere Menschen mit Behinderung in Mellrichstadt

Menschen mit Behinderung sind von den demographischen Entwicklungen in zweierlei Hinsicht betroffen: der Anteil älterer Menschen steigt auch innerhalb dieser Gruppe und gleichzeitig erhöht sich die Zahl der Personen, die bisher in der Familie bei den Eltern wohnten und deren Eltern altersbedingt die Betreuung nicht mehr leisten können. Auf dem ehemaligen Gelände des Kreiskrankenhauses Mellrichstadt errichtete die Lebenshilfe Rhön-Grabfeld e.V. daher ein Wohnheim mit 28 Wohnplätzen, dessen Konzeption speziell für die Lebenssituation von älteren Menschen mit Behinderung entwickelt wurde. Das Gebäude erfüllt insbesondere hohe Anforderungen an die barrierefreie Gestaltung. Dem kam der Umstand zu Gute, dass das Gelände groß genug war, um ein eingeschossiges Gebäude zu planen, bei dem alle Räume ohne Aufzüge erreichbar sind.

Für den Bau des Wohnheims konnten staatliche Zuschüsse aus dem Ressortbereich des Sozialministeriums in Höhe von 1,92 Mio. € bewilligt werden. Weitere Fördergeber sind der Bezirk Unterfranken und die bayerische Landesstiftung. Die Stadt Mellrichstadt stellte das Grundstück zur Verfügung, nachdem sie das Gebäude des ehemaligen Krankenhauses vom Landkreis übernommen und im Rahmen des Städtebauförderungsprogramms „Stadtumbau West“ abgebrochen hatte. Durch das Zusammenwirken vieler Beteiligter konnte das Gelände auf diese Weise einer neuen Nutzung zugeführt werden. Am 7. Oktober 2012 wurde das Wohnheim im Beisein der Landtagspräsidentin und zugleich Vorsitzenden des Landesverbandes der Lebenshilfe Bayern e.V., Barbara Stamm, feierlich eingeweiht.



Foto: Anna Krämer

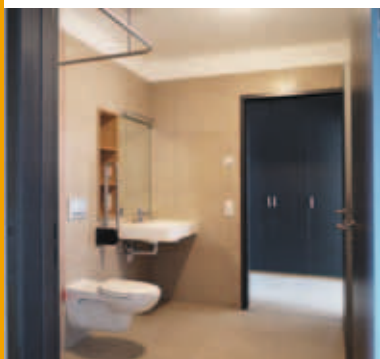
Einweihung am 7. Oktober 2012 mit: (v.l.n.r.) Erwin Dotzel, Bezirkstagspräsident, Thomas Habermann, Landrat des Landkreises Rhön-Grabfeld, Jens Fuhl, Geschäftsführer der Lebenshilfe Rhön-Grabfeld e.V., Werner Trollenier, Vorsitzender der Lebenshilfe Rhön-Grabfeld e.V., Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags und Vorsitzende des Landesverbandes der Lebenshilfe Bayern e.V.

Durch die gelungene bauliche Gestaltung konnten die Architekten Karch-Fuchs eine wohnliche und anregende Umgebung schaffen. Dazu gehören die individuellen Wohn-Schlafräume, die einen privaten Lebensraum sicherstellen – in diesem Haus sind das ausschließlich Einzelzimmer – ebenso wie Gemeinschaftsräume und Räume für Begegnung und Freizeitgestaltung. In einem eigenen Gebäudeflügel sind Räume für eine Tagesbetreuung vorgesehen. Das Haus ist durch seine Lage im Wohngebiet Hainberg städtebaulich gut eingebunden.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1446 oder 1443
E-Mail: bauwesen@reg-ufr.bayern.de

Johann Lechner



Barrierefreier Sanitärraum.



Foto: Karch-Fuchs

Den Wohn- und Schlafräumen sind eigene Terrassen zugeordnet.



Foto: Anna Krämer

Wohnraum der Wohngruppe.

3. Unterfränkische Lesewochen 2012 „Mädchen UND Jungen“



Mit dem Ziel einer geschlechtergerechten Leseförderung begeistern die unterfränkischen Kindertagesstätten und Schulen unter der Schirmherrschaft von Regierungspräsident Dr. Beinhofer gemeinsam mit zahlreichen Partnern Mädchen UND Jungen für das Lesen. Die Begegnung mit Literatur muss auf unterschiedliche Art und Weise ermöglicht werden. Lesekompetenz soll zur Bildungsgerechtigkeit und zu einem gelingenden Leben beitragen und helfen, den gewünschten Beruf zu erlernen und erfolgreich auszuüben. Mädchen UND Jungen haben unterschiedliche Lernbedürfnisse. Jungen lernen eher handlungsorientiert. Der sprachlich dominierte Unterricht kommt hingegen eher weiblichen Lernweisen entgegen.

Mädchen UND Jungen für das Lesen. Die Begegnung mit Literatur muss auf unterschiedliche Art und Weise ermöglicht werden. Lesekompetenz soll zur Bildungsgerechtigkeit und zu einem gelingenden Leben beitragen und helfen, den gewünschten Beruf zu erlernen und erfolgreich auszuüben. Mädchen UND Jungen haben unterschiedliche Lernbedürfnisse. Jungen lernen eher handlungsorientiert. Der sprachlich dominierte Unterricht kommt hingegen eher weiblichen Lernweisen entgegen.



„Buchvorstellung einmal anders“ präsentierte das Schultheater des Jack-Steinberger-Gymnasiums Bad Kissingen.

Seit PISA 2000 hat sich die Lesekompetenz deutscher Kinder und Jugendlicher verbessert. Große Leistungsunterschiede im Lesen bestehen aber zwischen den Geschlechtern. Jungen liegen in der PISA-Studie 2009 bezüglich der Leseleistung gegenüber den Mädchen etwa um ein ganzes Schuljahr zurück. Beträchtliche Differenzen bestehen in Bezug auf Lesemotivation und -stoff, auf Leseweise und -motivation: Mädchen lesen mehr, Anderes und anders, mit mehr Lesefreude. Die Lesedefizite bei Jungen wirken sich ungünstig auf Schullaufbahn und Bildungserfolg aus: Bildungskarrieren verlaufen im Durchschnitt ungünstiger; mehr Jungen sind ohne Abschluss; je geringer qualifizierend die Schulform ist, desto höher ist ihr Anteil. Lesesozialisation beginnt grundlegend im Elternhaus durch Lesevorbildwirkung und Vorlesen



Musikalische Umrahmung durch die Bläserklasse TaG der Mittelschule Hammelburg unter der Leitung von Lehrer Claßen.

und wird in Kindergarten und Schule fortgeführt mit dem Ziel, Lesekompetenz zu erreichen. Zur Verbesserung tragen das Training der Leseflüssigkeit, Lesestrategien, Lesemotivation und der Aufbau eines stabilen Selbstlesekonzepts bei. Während der Lesewochen fanden neben zahlreichen Aktionen wie Autorenlesungen in den Kindertagesstätten, Schulen, Bibliotheken, Büchereien und Buchhandlungen Fortbildungen zur geschlechtersensiblen Leseförderung statt.

Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle betont im Zusammenhang mit den Ergebnissen des ersten Ländervergleichs an Grundschulen in Mathematik und Deutsch, dass gendergerechtes Lernen schon lange ein aktuelles Thema in der schulischen Bildung Bayerns ist.

Doris Grimm



Kontakt
Tel.: 0931/380-1361
E-Mail: schulen@reg-ufir.bayern.de

Integration durch Bildung

Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund
Fachtagung am 19. Mai 2012

Etwa jeder sechste Schüler an Grund- und Mittelschulen in Unterfranken hat heute einen Migrationshintergrund. Betrachtet man die derzeitige Entwicklung, so ist zu vermuten, dass die Zahl der Schüler mit Migrationshintergrund in Unterfranken eher ansteigen als fallen wird.

Entscheidende Basis für ein erfülltes Leben dieser Kinder und Jugendlichen und ihre erfolgreiche Teilnahme in der Gesellschaft und im Arbeitsleben stellen Bildung und Erziehung in der Schule dar.

Zur Unterstützung der positiven Entwicklung hat Bayern im März 2009 ein Gesamtkonzept zur Integration von Schülern mit Migrationshintergrund vorgelegt. Wichtige Bausteine dabei sind die Stärkung der sprachlichen Integration der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Lehrkräfte sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit von Schule und Eltern.



Foto: Schulleiter
Günther Leo Redolfi

Islamischer Unterricht in Unterrichtsbeispielen mit den Leiterinnen Ümmühan Cetin Sufca und Zeynep Cetinkaya (1.v.l., 2.v.l., Dr.-Pfeiffer-Grundschule Schweinfurt, Friedrich-Rückert-Grundschule Schweinfurt).

Um die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund weiter zu entwickeln und bewusst zu gestalten, startete die Regierung von Unterfranken dazu eine Fortbildungsinitiative.

Die Auftaktveranstaltung bildete eine Fachtagung „**Integration durch Bildung – Förderung von Schülern mit Migrationshintergrund**“ am Samstag, dem 19. Mai 2012 von 09:30 bis 16:00 Uhr in der Mittelschule Heuchelhof.



Frau Dr. Nazli Hodaie von der Universität München (stehend) – Leiterin des Workshops Sprachenvielfalt als Resource – mit einigen Teilnehmern.

Ein Grundsatzreferat, ein Markt der Möglichkeiten und zwei Workshoprunden boten Informationen und Anregungen für die tägliche Arbeit in der Schule.

Diese Tagung, die sich auch an Lehrkräfte richtete, die über keine spezifische Aus- oder Weiterbildung für den Unterricht von Schülern mit Migrationshintergrund verfügten und sich praxisorientierte Unterstützung hierzu erwarteten, stieß auf großes Interesse. Über 240 Pädagogen nahmen an der Auftaktveranstaltung teil. Weitere Fortbildungen werden nun in den jeweiligen Schulamtsbezirken angeboten.

Bertram Odoj

Kontakt

Tel.: 0931/380-1376

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de



Eröffnung der Fachtagung im Mai 2012 durch Abteilungsleiter Gustav Eirich, Bereichsleiter 4 (Schulen) der Regierung von Unterfranken.

Ferienseminar der Regierung von Unterfranken

Einsatz und Engagement lohnt sich – diese Erkenntnis gewannen 36 Berufsschüler/-innen, Berufsfachschüler/-innen und Berufsoberschüler/-innen aus ganz Bayern – sie wurden nämlich für besondere Leistungen mit der Teilnahme an einem einwöchigen Ferienseminar in Unterfranken belohnt. Vom 6. bis zum 10. August 2012 organisierte die Regierung von Unterfranken im Auftrag des Kultusministeriums ein vielseitiges Programm, das die Teilnehmerinnen und Teilnehmer quer durch Unterfranken führte.

Begrüßt wurden die Jugendlichen an der Regierung von Unterfranken durch Regierungsvizepräsident Dr. Andreas Metschke. Nach dem Mittagessen in der Kantine bekamen die jungen Auszubildenden bei einer Schifffahrt nach Veitshöchheim einen ersten Eindruck vom Reiz der fränkischen Landschaft. Im Hofgarten in Veitshöchheim wartete die erste Aufgabe auf die Reisegruppe: Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer mussten die Besonderheiten ihres Regierungsbezirks und auch sich selbst vorstellen.

Der zweite Tag führte die Reisegruppe in die Rhön, wo beim Besuch des Freilandmuseums Fladungen das Thema „Leben und arbeiten früher“ behandelt wurde. Besonders beeindruckte dabei der Besuch der alten Schulstube.



Besuch der alten Schulstube.

In Ostheim v. d. Rhön besichtigten die Jugendlichen die Firma Bionade, deren gleichnamiges Erfrischungsgetränk eine beachtliche Erfolgsgeschichte aufzuweisen hat. Der Besuch auf dem Kreuzberg, dem „heiligen Berg der Franken“, rundete den Tag ab.

Nach dem Ausflug in den Norden Unterfrankens ging es am nächsten Tag nach Westen an den Untermain. In Aschaffenburg wurden die jungen Auszubildenden von Bürgermeister Elssäser im Rathaus begrüßt, bevor sie mit

dem Pompejanum eine von 1840 bis 1846 errichtete Idealkonstruktion eines römischen Wohnhauses kennenlernen konnten. Kooperation, Bewegung und Kommunikation standen beim Besuch des „TeamParks“ mit Hoch- und Niedrigseilbereich am Schullandheim in Hobbach am Nachmittag im Vordergrund. Einen stimmungsvollen Abschluss fand dieser Tag mit Grillwürsten am Lagerfeuer.

Nicht nur für die Berufsschüler aus dem technischen Bereich war die Betriebsbesichtigung am Donnerstag Vormittag bei der Firma ZF Friedrichshafen AG in Schweinfurt ein weiterer Höhepunkt. Einen interessanten Kontrast zu dieser hochmodernen Industrieanlage und jüngeren Zeitgeschichte zum Anfassen bot am Nachmittag der Gang durch die Stollenanlage in Ebelsbach: Die kilometerlangen unterirdischen Stollen wurden während des zweiten Weltkrieges gegraben, um die kriegswichtige Kugellagerproduktion dort vor Bombenangriffen geschützt unterzubringen. Ein Gespräch mit der Geschichtsforscherin und Trägerin des Bundesverdienstkreuzes, Cordula Kappner, über die Geschichte der jüdischen Bevölkerung im Landkreis Haßberge beendete den Seminartag und bot reichlich Anregungen zum weiteren Nachdenken. Zum Ausklang der Woche stand am letzten Tag die Besichtigung der Residenz in Würzburg an.

Der Abschied von Würzburg fiel vielen Teilnehmern dann doch sehr schwer, denn sie hatten in Unterfranken nicht nur sehr positive und nachhaltige Eindrücke aus Geschichte, Natur, Wirtschaft und Kultur gewonnen, sondern waren während der Woche auch als Gruppe zusammengewachsen und hatten viele neue Kontakte geknüpft.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1302

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de



„Ferienseminar im Hofgarten“: Gute Laune im Hofgarten von Veitshöchheim: Die Jugendlichen waren von der weitläufigen Gartenanlage durchweg beeindruckt.



„Schloss Gleisenau“: In der Gemeinde Ebelsbach wurde nicht nur die Stollenanlage besichtigt, sondern auch das Schloss Gleisenau von den Teilnehmern bewundert.

Modellversuch Flexible Grundschule geht in die zweite Runde



Das Projekt „Flexible Grundschule“ ist ein innovativer Ansatz, um in den ersten Schuljahren der Heterogenität, den unterschiedlichen Begabungen und Lernvoraussetzungen der Schülerinnen und Schüler noch stärker gerecht zu werden und jedes einzelne Kind optimal zu fördern.

Im Juni 2012 besuchte Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer die Grundschule Wartmannsroth im Schulamtsbezirk Bad Kissingen, die seit Beginn des Schuljahres 2010/11 eine der ersten 20 bayerischen bzw. neben der Grundschule Hösbach-Winzenhohl eine der beiden ersten unterfränkischen Grundschulen ist, die sich von Anfang an am Modellversuch „Flexible Grundschule“ beteiligen. Dieser Schulversuch, durchgeführt vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus sowie von der Stiftung Bildungspakt Bayern, ist ausgelegt für die Dauer von drei Schuljahren und endet mit dem Auslauf des Schuljahres 2012/13. Ausgehend von einem gemeinsamen Unterricht der Kinder der ersten beiden Jahrgangsstufen (vergleichbar mit jahrgangskombinierten Klassen) beträgt die Verweildauer in der flexiblen Eingangsstufe je nach Begabung, Entwicklung und Vorbildung ein, zwei oder drei Schuljahre. Die Persönlichkeit eines jeden Kindes mit all seinen Interessen, Stärken und Schwächen steht von Anfang an im Mittelpunkt. Das gemeinsame Lernen vollzieht sich im Von- und Miteinander. Kooperative



Fotos: Grundschule Wartmannsroth

v.l.n.r.: Schulamtsdirektor Josef Hammerl (Staatl. Schulamt Bad Kissingen), Elternbeiratsvorsitzende Bettina Sapper, Karl-Heinz Deublein, Rektor der Grundschule Wartmannsroth, Bürgermeister Jürgen Karle, Regierungspräsident Dr. Beinhofer, Elternbeirätin Jasmin Reith, Gustav Eirich, Abteilungsdirektor Schulen, Regierung von Unterfranken.

Arbeitsformen stärken die sozialen Kompetenzen; individuell abgestimmte Lernangebote, die vom individuellen Lernstand ausgehen und das persönliche Lerntempo berücksichtigen, sichern stabile Grundkompetenzen. Weitere Aspekte sind die Vertiefung der Kooperation mit den Eltern sowie die Gestaltung der Übergänge einerseits vom Kindergarten zur Grundschule, andererseits von der zweiten in die dritte Klasse.

Mit Beginn des Schuljahres 2012/13 wurde der Modellversuch ausgeweitet. Zu den bisherigen 20 „Stammschulen“ kamen bayernweit 60 sogenannte „Satellitenschulen“ dazu, die die bisherigen Erfahrungen testen. Satellitenschulen in Unterfranken sind die Grundschulen Oberaurach (Landkreis Haßberge), St. Hedwig Kitzingen (Landkreis Kitzingen), Willanzheim (Landkreis Kitzingen), Sulzfeld (Landkreis Rhön-Grabfeld), Auen-Grundschule Schweinfurt, Schweinfurter Rhön Üchtelhausen (Landkreis Schweinfurt), Ignatius-Gropp-Grundschule Güntersleben (Landkreis Würzburg), Pleichach-Grundschule Unterpleichfeld (Landkreis Würzburg) und Frammersbach (Landkreis Main-Spessart).

Der richtige Umgang mit der Heterogenität der Schüler ist die derzeit wohl größte Herausforderung. Wir können es uns nicht leisten, Kinder zurückzulassen. Die Flexible Grundschule ist ein erfolgreicher Schritt in diese Richtung auf dem Weg zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Doris Grimm



Interessiert verfolgt Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer den Unterricht in der Flexiblen Grundschule Wartmannsroth.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1361

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de

Kooperation von Wirtschaftsschule und Mittelschule

Kooperationsmodell zwischen der Mittelschule Hammelburg und der Staatlichen Wirtschaftsschule Bad Neustadt startete erfolgreich in das zweite Jahr

Mit Beginn des Schuljahres 2011/12 startete erstmalig ein Modellversuch im Gebäude der Mittelschule in Hammelburg. Die Einrichtung von Außenklassen der Staatlichen Wirtschaftsschule Bad Neustadt in der dreistufigen Form an der Mittelschule Hammelburg soll leistungsstarken Schülerinnen und Schülern mit wirtschaftlicher Orientierung die Möglichkeit eröffnen, einen Wirtschaftsschulabschluss (Mittlerer Schulabschluss) zu erwerben.

Ein weiteres wesentliches Ziel dieses Projekts besteht darin, Übergänge und Kooperationen zwischen den verschiedenen Bildungseinrichtungen einer Region herzustellen. Damit werden zukunftsfähige Strukturen für eine optimale Förderung der Kinder und Jugendlichen geschaffen. Der Einzugsbereich für die Schülerinnen und Schüler liegt in einem Dreieck zwischen Bad Kissingen, Bad Brückenau und Gemünden. Junge Menschen können damit ein wohnortnahes Angebot nutzen, das es im Landkreis Bad Kissingen bislang noch nicht gab.

Im Kooperationsmodell werden die allgemeinbildenden Fächer von Lehrkräften der Mittelschule Hammelburg unterrichtet, während die Profulfächer von Lehrkräften der Wirtschaftsschule Bad Neustadt unterrichtet werden. Hierzu gehören zum Beispiel Datenverarbeitung, Betriebs- und Volkswirtschaft, Rechnungswesen und Wirtschaftsmathematik.

Neben der Vermittlung theoretischer Bildung legt die Wirtschaftsschule seit jeher ein besonderes Augenmerk auf die praktische Anwendung der erlernten Inhalte. Dies erfolgt etwa in der schuleigenen Übungsfirma, die mit einer modernen Informationstechnik ausgestattet ist.

Alle Schülerinnen und Schüler des Modellversuchs unterliegen den Leistungsanforderungen der bayerischen Wirtschaftsschulen und legen die gleiche Abschlussprüfung ab. Dieser Abschluss bietet den Jugendlichen beste Voraussetzungen für die Vermittlung in einen kaufmännischen Ausbildungsberuf. Die Übertrittsquote der Wirtschaftsschüler in eine betriebliche Ausbildung ist mit rund 80% die höchste unter allen Schularten. Dank einer gezielten, praxisnahen Vorbereitung besteht für die Absolventen zusätzlich die Möglichkeit, die Ausbildung im kaufmännischen Bereich um ein halbes Jahr zu verkürzen.



Fotos: Staatliche Wirtschaftsschule Bad Neustadt



Die Schülerinnen und Schüler während der Fachpraxis.

Roland Endres

Kontakt

Tel.: 0931/380-1303

E-Mail: schulen@reg-ufr.bayern.de



20 Jahre LIFE-Natur-Förderung der EU in Deutschland

Fortschritte beim LIFE-Projekt „Steigerwaldrand bei Iphofen“

Vom 19. bis 21. Juni 2012 feierte das LIFE-Förderprogramm der Europäischen Union sein 20-jähriges Jubiläum in Iphofen, wo derzeit das LIFE-Projekt „Wälder und Waldwiesentäler am Steigerwaldrand bei Iphofen“ umgesetzt wird. Seit 1992 fördert die EU mit ihrem LIFE-Programm Maßnahmen im Bereich Umwelt.

Vielseitige Vorträge bildeten den Auftakt zur Jubiläumsfeier und spiegelten wider, dass mit dem LIFE-Förderprogramm ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der biologischen Vielfalt geleistet wird.

Die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Ursula Heinen-Esser und die Bayerische Umweltstaatssekretärin Melanie Huml betonten bei ihrem Besuch die Bedeutung von LIFE als effektives Umweltförderprogramm und als Instrument, um Naturschätze der Öffentlichkeit zu vermitteln. Neben Exkursionen zu den verschiedenen LIFE-Projektgebieten im näheren Umkreis wurde die Feier durch einen Filmabend abgerundet, zu dem auch die Bevölkerung Iphofens und Umgebung eingeladen war. Die Veranstaltung endete mit einer Podiumsdiskussion, bei der Fachleute der Europäischen Kommission, von Naturschutzorganisationen sowie Bund und Ländern über die

Ausrichtung von LIFE in der neuen Förderperiode ab 2014 diskutierten.

Beim LIFE-Natur-Projekt „Steigerwaldrand bei Iphofen“ sind die Projektfortschritte im wahrsten Sinne des Wortes groß und für jedermann sichtbar. So wurde 2012 das Mittelwald-Informationszentrum fertig gestellt und bei der BayernTour Natur am 5. Mai 2012 durch Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer eingeweiht. Das Zentrum wird für Veranstaltungen, z.B. für Schulklassen oder bei Führungen mit den Gästeführern oder dem Stadtförster von Iphofen, geöffnet.

Groß und beeindruckend ist auch die Hutung bei Hellmitzheim, welche im Jahr 2012 erweitert und mit Eichen als zukünftige Hutebäume bepflanzt

wurde. In der Vergangenheit wurde nicht nur das Grasland, sondern auch der Wald beweidet, was die natürliche Verjüngung unterdrückte. Fruchtbare Bäume wie Eichen wurden hingegen gezielt gefördert. Die Hutung wurde mit Rindern, Schafen, Ziegen, Schweinen und Federvieh genutzt, um möglichst viele unterschiedliche Fresstypen miteinander zu vereinen. Durch den Rückgang der Beweidung von Waldflächen ist die einst lichte Waldstruktur im Projektgebiet fast vollständig verschwunden, ebenso viele seltene Arten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und Besucher für diese traditionelle Nutzungsform zu sensibilisieren, wurde die ehemalige Hutung bei Hellmitzheim wiederhergestellt.

Ein Highlight war die Freilassung der Hirsche im November 2012. Zusammen mit Rindern beweideten sie eine 18 ha große Fläche, auf der sie als „Landschaftspfleger“ für die Offenhaltung des Areals sorgen.

LIFE-Gelder sind eine wichtige Investition in die Zukunft, da sie nicht nur der Natur zu Gute kommen, sondern auch den Tourismus und die Entwicklung der Land- und Forstwirtschaft in der Region fördern. Daher war die Freude bei den Vertretern der Naturschutzbehörden groß, als bei der Jubiläumsfeier bekannt gegeben wurde, dass das 6. LIFE-Projekt in Unterfranken „Weinberge und Streuobst auf Muschelkalk“ in den Landkreisen Bad Kissingen, Main-Spessart und Würzburg sowie der Stadt Würzburg genehmigt wurde. Das neue LIFE-Projekt hat vor allem die Erhaltung, Wiederherstellung und Vernetzung der wertvollen Trockenlebensräume zum Ziel.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1166

E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

Karin Günter
Carina Strelz



Das Mittelwald-Infozentrum zwischen Iphofen und Birklingen.



Die Hirsche springen voller Energie in ihren neuen Lebensraum.



Hirschkäferaktionstag am Mittelwald-Infozentrum: Schüler bauen einen Bruthaufen, in dem sich Hirschkäferlarven entwickeln können.

Rhöniversum – neues Dreigestirn in der Bildung für nachhaltige Entwicklung



Am 13.01.2012 unterzeichnete Staatssekretärin Melanie Huml gemeinsam mit den Landräten der Rhönlandkreise, der Bürgermeisterin von Oberelsbach, den Bürgermeistern von Wildflecken und Fladungen sowie den Vertretern des Schullandheimwerks Unterfranken und der Diözese Würzburg das neue Vertragswerk über die Zusammenarbeit in der Bildung für nachhaltige Entwicklung im Biosphärenreservat Rhön. Mit diesem formellen Akt wurde der neue Einrichtungsverband Rhöniversum bestehend aus dem Schullandheim Bauersberg, dem Jugendhaus und Schullandheim Thüringer Hütte und der zu diesem Zeitpunkt noch nicht eröffneten Umweltbildungsstätte Oberelsbach, an dem seit rund einem Jahr Fachleute der drei Einrichtungsträger konzeptionell arbeiteten, auch offiziell besiegelt.

Anschließend fanden im Jahr 2012 zwei große Eröffnungen statt, die diesem Bildungsauftrag in der Rhön ganz neue Räume darbieten.

Am 26.06.2012 hat der Bayerische Umweltminister Dr. Marcel Huber im Beisein zahlreicher geladener Gäste die neue Umweltbildungsstätte Oberelsbach ihrer Bestimmung übergeben. Das größte Einzelprojekt aus dem Konjunkturpaket II in Unterfranken mit einer Investitionssumme von über 5 Mio. € wurde damit zu einem guten und zudem architektonisch bemerkenswerten Abschluss gebracht. Staatsminister Dr. Huber würdigte das Biosphärenreservat Rhön als „beispielgebend“ für viele andere Biosphärenreservate. Mit dem neuen „Juwel der Bildungsarbeit“ werde ein weiterer, aber letztlich konsequenter Höhepunkt in dieser Entwicklung gesetzt. „Wir müssen uns auf den Weg machen, bei jungen Leuten Bewusstsein für die Umwelt zu schaffen.“, betonte der Minister die Notwendigkeit des Projekts mit einem Verweis auf Großprojekte wie Energie- oder Rohstoffwende. Hier sei die Rhön mit dem Dreigestirn des Rhöniversums „klasse aufgestellt“, wie die

Main-Post am 27.06.2012 schrieb. Passend zu seinem Bildungsschwerpunkt „Der Mensch in der Kulturlandschaft“ liegt das neue Haus mitten im Dorf in Oberelsbach. Die eigens für dieses Haus neu entwickelten Bildungsmodule beziehen das Dorf Oberelsbach, seine Bewohner und seine Betriebe von der Landwirtschaft über das Handwerk bis zu den Dienstleistungen intensiv ein. Mit der Betreuung eines 12-tägigen Seminars der Welttourismusorganisation UNWTO Anfang November, an dem 18 hochrangige Vertreter aus Tourismusorganisationen wie Butan, Myanmar, Madagaskar oder Uganda teilnahmen, hatte es seine erste echte Bewährungsprobe zu bestehen.

Ebenfalls vor großem Publikum weihte Domkapitular Christoph Warmuth am 08.10.2012 das Erdhaus und das Energiehaus am Jugendhaus und Schullandheim Thüringer Hütte ein. Damit erhalten die dortigen Bildungsschwerpunkte – Energie und Schöpfung – ein Anschauungs- und Erfahrungsumfeld, wie es nur wenige Einrichtungen in Bayern und darüber hinaus aufweisen können. Das Erdhaus als zweite „Gruppenunterkunft“ der Thüringer Hütte löst den Gast bewusst aus dem Komfort des 21. Jahrhunderts und lässt ihn mit allen Sinnen erleben, wie wenig auch heute noch zum Überleben notwendig ist. Das Energiehaus dagegen weist dem Gast den Weg in die Zukunft, indem es mehr Energie in Form von Wärme und elektrischen Strom produziert, als es selbst verbraucht.

Die Bildungsarbeit des neuen „Dreigestirns“ wird komplettiert durch den Programmschwerpunkt „Wasser und Erde“ am Schullandheim Bauersberg. Wenngleich die dort ins Auge gefassten baulichen Investitionen noch nicht realisiert werden konnten, weiß das am Beginn der Hochrhönstraße gelegene Schullandheim durch sein fachliches Konzept zu glänzen. Die dort etablierte stationäre Wasserschule, ein Projekt der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ der Regierung von Unterfranken, ist ein ganz wesentlicher Bestandteil des zwischen den drei Einrichtungen abgestimmten Bildungsprogramms.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1166 und 1381
E-Mail: umwelt@reg-ufi.bayern.de

Michael Geier
Bertram Eidel



Umweltbildungsstätte Oberelsbach



Thüringer Hütte
Fotos: privat



Bauersberg



40 Jahre Amtliche Qualitätsweinprüfung in Bayern

Die Geburtsstunde der Amtlichen Qualitätsweinprüfung in Bayern fand am 25.01.1972 in der Probierstube des Juliusspital-Weingutes in Würzburg statt. Dort beurteilten sechs von der Regierung von Unterfranken bestellte Prüfer die ersten sieben Weine des Jahrgangs 1971. Damit begann eine neue Epoche im deutschen Weinrecht, die vom Grundsatz her bis heute Bestand hat: Der gesetzliche Auftrag der „Geprüften Qualität im Glas“ war von nun an umzusetzen. Alle Qualitäts- und Prädikatsweine müssen sich ausnahmslos einer amtlichen Prüfung unterziehen. Ziele dieser Regelungen waren insbesondere die Qualitätsförderung mit der daraus erwarteten Absatzsteigerung, der Schutz des Weinerzeugers vor unlauterem Wettbewerb und der Schutz des Verbrauchers vor Verwechslungen und Täuschungen.



Eine Prüfungskommission in Aktion.

genutzt wurden. Durch die steigende Zahl der Prüfungsanstellungen, waren die Räumlichkeiten in der Maiergasse 2 Mitte der 1980er Jahre an ihrer Kapazitätsgrenze angelangt. Neue, besser geeignete Räume wurden in der Zeller Straße in Würzburg am 04.11.1985 bezogen. In der Folgezeit konnte auch die Zahl der Prüfungskommissionen – bestehend aus je drei Vertretern der Weinerzeuger, einem Vertreter des Weinhandels, einem Vertreter des Verbraucherschutzes und einem Vertreter der Weinkontrolle – von sechs auf zwölf erhöht werden. Diese Erhöhung war unausweichlich, da sich die Prüfungszahlen seit 1972 mit ca. 2.500 Weinen über rund 10.000 Anstellungen Ende der 1980er Jahre erhöht haben auf seit Beginn der 2000er Jahre jährlich ca. 12.000 bis 14.000. Auch gab es immer wieder neue Anforderungen, die von den in einer Sitzung bis zu 65 Weine beurteilenden Prüfern zu erfüllen waren. Herausragend war dabei die Entscheidung über die sogenannte Bocksbeutellegung, die ab dem Weinjahr 2008 eingeführt wurde.



Auf der Grundlage des „neuen“ Weinrechts dürfen Weine ab dem Jahrgang 1971 nur dann als Qualitätswein oder Prädikatswein mit dem jeweils zutreffenden Prädikat (Kabinett, Spätlese, Auslese, Beerenauslese, Trockenbeerenauslese, Eiswein) gekennzeichnet werden, wenn ihnen auf Antrag des Erzeugers oder Abfüllers eine amtliche Prüfnummer zugeteilt und (bei Prädikatswein) das entsprechende Prädikat zuerkannt worden ist.

Die Weinprüfstelle der Regierung von Unterfranken ist in Bayern zentral zuständig für die Prüfung aller Qualitäts- und Prädikatsweine (sowie Sekte b.A., Qualitätsperlweine b.A. und Qualitätslikörweine b.A.), die aus in Bayern gemerten Trauben erzeugt wurden. Ihr Zuständigkeitsbereich umfasst damit das gesamte Anbaugebiet Franken sowie den Bereich Bayer. Bodensee des Anbaugebietes Württemberg im Landkreis Lindau.

Für die Tätigkeit der Weinprüfstelle mietete die Regierung von Unterfranken zunächst Räume in der Maiergasse 2 an, die bis 1985 als Prüfstelle

Der Umzug in die neuen Räume am Peterplatz erfolgte am 27.11.2006. Dadurch konnten die Arbeitsbedingungen weiter optimiert werden. Für die Prüfer: helle, funktionell eingerichtete Prüfräume inkl. Klimaanlage; für die Verwaltungskräfte: freundliche Zimmer in angemessener Größe; für die Antragsteller: eigene Anfahrtszone mit direktem Zugang zur Weinanbahn.

Roland Lein



Im Jahr 2011 wurden in der Weinprüfstelle 11.745 Anträge bearbeitet, hinter denen eine Weinmenge von ca. 34,2 Mio. Liter Wein steht. **2012 waren insgesamt 12.054 Anträge mit einer Weinmenge von 33.561.227 Liter zu bewältigen.** Seit Bestehen der Weinprüfstelle summieren sich die Prüfungen auf rund **375.000 Anträge** mit ungefähr **1,55 Milliarden Liter** Wein.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1611

E-Mail: weinpruefstelle@reg-ufr.bayern.de

Interaktive Spiele und regionale Produkte

Aktuelle Aktivitäten der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ



Neue interaktive Ausstellung auf Reisen

„Wie viel Wasser braucht man denn täglich zum Geschirr spülen?“ Gemeinsam mit Regierungspräsidenten Dr. Paul Beinhofer rätselten die Kinder der Klasse 4b der Grundschule Würzburg-Heuchelhof, als sie die neue interaktive Ausstellung der AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ am 25. Juni 2012 im Regierungsfoyer einem ersten Praxistest unterzogen. Die Kinder waren von den interaktiven Möglichkeiten der Ausstellung begeistert: Gab es doch überall was zu entdecken oder aufzuklappen, zu ertasten, was in Bewegung oder „unter Strom“ zu setzen, zu raten und allein oder in der Gruppe auszuprobieren.

Themen der Ausstellung sind zum Beispiel der Wasserkreislauf, die Wassersituation in Unterfranken, die Trinkwasserversorgung und der Grundwasserschutz. Anhand der zahlreichen interaktiven Elemente kann man etwa den Wasserkreislauf „zum Laufen bringen“, Schadstoffe auf ihrem Weg in den Boden und in das Grundwasser verfolgen, dem Wasserverbrauch im Haushalt nachforschen und sein Wasserwissen testen. „Kindern den Wert des Wassers bewusst machen, ist die beste Investition in die Zukunft, da bin ich mir sicher!“, lautete dann auch die Botschaft des Regierungspräsidenten. Auch an allen weiteren bisherigen Einsatzorten traf die neue Ausstellung auf viel Begeisterung nicht nur bei Kindern, sondern auch bei Jugendlichen und Erwachsenen.

Die Ausstellung kann kostenlos beim Sachgebiet Wasserwirtschaft der Regierung von Unterfranken ausgeliehen werden.

Regionale Produkte als Thema des 8. Wasserforums Unterfranken

Das 8. Wasserforum Unterfranken stand im Jahr 2012 unter dem Motto „Aus Unterfranken – für Unterfranken. Grundwasserschutz durch regionale Produkte“. Nicht nur theoretisch, sondern auch ganz praktisch konnten



Foto: Stefan Werner

Bei der „kulinarischen Reise durch Unterfranken“ konnten die Gäste des 8. Wasserforums Unterfranken Grundwasser schonend erzeugte Produkte aus der Region verköstigen.



Foto: Daniel Peter

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer und die Schüler finden mit Buzzern heraus, wie viel Trinkwasser jeder von uns wofür verbraucht.

die gut 100 Teilnehmer aus Politik, Verwaltung, Umweltbildung und Landwirtschaft die Vorteile regionaler Lebensmittel erleben. Auf eine Reihe hochkarätiger Redner, die die Vorteile heimischer Produkte aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchteten, folgte eine „kulinarische Reise durch Unterfranken“: Auf appetitlich angerichteten Probiertellern warteten Fleisch, Wurst, Käse, Brot, Gemüse und Äpfel aus der Region. Dazu wurden ebenfalls regionale Streuobstapfelsäfte, Wein und Bierspezialitäten gereicht. Die Herstellung jedes Produkts wurde vom jeweiligen Erzeuger erläutert und die positiven Auswirkungen auf die Region und auf das Grundwasser dargestellt. Abschließend zeigten sich alle Teilnehmer davon überzeugt, dass die Bevorzugung regionaler Produkte keinen Verzicht, sondern vollen Genuss bedeuten kann!

Auszeichnung als Projekt der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Aufgrund ihres Einsatzes für eine Bildung für Nachhaltigkeit, vor allem mit der Wasserschule und der Kita-Wasserschule Unterfranken, aber auch beispielsweise mit der neuen interaktiven Ausstellung, ist die AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ am 29.11.2012 nunmehr bereits zum 4. Mal als offizielles Projekt der Weltdekade der Vereinten Nationen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet worden.

Dr. Anne-Kathrin Jackel
Christian Guschker



Weitere Informationen über die Aktivitäten der Regierung von Unterfranken im Rahmen ihrer „AKTION GRUNDWASSERSCHUTZ – Trinkwasser für Unterfranken“ können im Internet unter www.aktiongrundwasserschutz.de und www.wasserschule-unterfranken.bayern.de abgerufen werden.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1379 oder 1365
E-Mail: umwelt@reg-uftr.bayern.de

Rio + 20: Agenda 21 in Unterfranken erfolgreich

20 Jahre nach dem ersten „Erdgipfel“ in Rio war es an der Zeit zu bilanzieren, was das damals beschlossene Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung seither bei uns in Unterfranken bewirkte. In Zusammenarbeit mit Agenda 21-Beauftragten der kreisfreien Städte und der Landkreise, Nicht-Regierungsorganisationen und der Diözese Würzburg wurde von der bei der Regierung von Unterfranken angesiedelten Arbeitsgruppe „Agenda 21-Nachhaltigkeit“ eine unterfränkische Nachhaltigkeitstagung geplant und am 10. November 2012 in der Erasmus-Neustetter-Halle in Rottendorf durchgeführt. Dabei fiel die Wahl auf Rottendorf nicht zufällig, ist Rottendorf doch seit dem 12.04.2011 eine der wenigen bayerischen Gemeinden, die vom damaligen Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcus Söder, das Gütesiegel „Nachhaltige Bürgerkommune Bayern“ verliehen bekam.

Regierungspräsident Dr. Paul Beinhofer konnte rund 150 Gäste insbesondere aus der Kommunalpolitik willkommen heißen. In seiner



Fachsimpeln bei „Apfel-Mango-Saft“ aus Main-Spessart.

habe die Umweltpolitik viele Erfolge gebracht, andererseits bestünden bedrohliche ökologische Trends fort. Nicht zuletzt deshalb stand sein Vortrag unter dem Titel „Verantwortung in einer begrenzten Welt“.

Ministerialdirigent Dr. Witzmann (StMUG) nahm Stellung zum Stand der bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie, die in einem Dialogverfahren mit dem Bürger erarbeitet wurde. Der Umweltbeauftragte des Bistums Würzburg, Edmund Gumpert, stellte fest, dass der Agenda-Prozess keineswegs ein Selbstläufer gewesen sei. Gleichwohl könne er bestätigen, dass gerade in Unterfranken Wesentliches geleistet wurde. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass sich die Bürger nicht so leicht entmutigen ließen, weder durch mildes Belächeln ihres Idealismus und ihrer vermeintlich verrückten Ideen noch durch die abwehrende Haltung gewählter Mandatsträger. In der anschließenden Podiumsdiskussion, moderiert von Barbara Markus, Bayerischer Rundfunk, diskutierten die drei Redner zusammen mit Erstem Bürgermeister Rainer Fuchs und dem Agenda 21-Sprecher der Gemeinde Rottendorf, Norbert Gold, über die Ergebnisse von Rio, die verschiedenen Nachfolgekonferenzen und die Auswirkungen auf unser Leben. Die restliche Zeit der insgesamt fünfstündigen Veranstaltung gehörte unterfränkischen Agenda 21-Aktiven. Auf dem bunten „Marktplatz für nachhaltige Projekte“ informierten sie über gelungene Agenda 21-Vorhaben aus Unterfranken. Etwa 20 lokale Gruppen und Arbeitskreise stellten ihre Projekte vor, die vom „Schlaraffenburger Apfelsaft“ über das Erlebnisangebot „Königswald“ der KJG Mömlingen bis zur Würzburger Allianz „Pro Straßenbahn“ reichten. Weitere Aktivitäten waren „Frische aus Main-Spessart“, „Barrierefreies Schweinfurt für alle“ und „Selbstbestimmtes Wohnen im Alter“. Insgesamt, und das war die Meinung sämtlicher Besucher der Veranstaltung, eine bemerkenswerte Veranstaltung, die dokumentierte, dass das Thema Nachhaltigkeit in unserem Regierungsbezirk im Bewusstsein der gesellschaftlichen Gruppen – aber auch der Behörden – verankert ist.

Dietmar Scheid



Dr. Witzmann (vorne rechts) erläutert die Nachhaltigkeitsstrategie des Freistaates Bayern.

Begrüßungsrede zeigte er auf, dass es heute dringender denn je sei, den Nachhaltigkeitsgedanken weiter zu entwickeln. Nachhaltigkeit müsse als Prinzip in das Alltagshandeln eingebettet werden: in die Erzeugung, effiziente Nutzung und Einsparung von Energie, in das Mobilitätsverhalten, in den täglichen Konsum sowie in das gesamte Leben.

Prof. Dr. Martin Faulstich, der Vorsitzende des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung, belegte in seinem mit großem Beifall versehenen Referat, dass 20 Jahre nach Rio ein Widerspruch bestehe: Einerseits

Kontakt

Tel.: 0931/380-1612

E-Mail: umwelt@reg-ufr.bayern.de

Die künstlich erzeugte Ultraviolettstrahlung unterscheidet sich in ihrer Wirkungsweise nicht von der natürlichen UV-Strahlung. Entsprechend können bei Nutzung von Solarien akute und chronische Schädigungen der Augen und der Haut auftreten, wie sie von einer erhöhten Bestrahlung durch die Sonne bekannt sind.

Vom Bundesamt für Strahlenschutz wird die Verwendung von UV-Strahlung zu kosmetischen Zwecken daher als sehr bedenklich eingestuft. Auch die Weltgesundheitsorganisation lehnt die Benutzung von Solarien zur kosmetischen Bräunung der Haut ausdrücklich ab.

Es gilt als nachgewiesen, dass die in Solarien verwendete UV-Strahlung in gleichem Maße wie die UV-Strahlung der Sonne krebserregend für Menschen ist sowie mögliche Schädigungen der Augen auslöst.

Zugleich warnen seit Jahren Politiker, Ärzte und Gesundheitsorganisationen wie die Deutsche Krebshilfe vor den Gefahren künstlicher UV-Strahlen. Ein Ergebnis ist, dass zum 1. Januar



Beschädigte sowie hygienisch bedenkliche Sonnenbank.

2012 die Verordnung zum Schutz vor schädlichen Wirkungen künstlicher ultravioletter Strahlung (UVSV) in Kraft trat. Sie sorgt „für mehr Sicherheit in Solarien“.

Die Überwachung der hier vorgegebenen technischen und organisatorischen Anforderungen liegt beim Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken.

Ihnen als Nutzer eines Solariums sollen folgende Fragen helfen, ein qualifiziertes Sonnenstudio zu finden:

1. Wird das Solarium durch geschultes Personal beaufsichtigt? Lassen Sie sich im



Zweifelsfall den Schulungsnachweis des Personals zeigen.

2. Wird Ihr Hauttyp bestimmt?
3. Menschen mit Hauttyp I oder II sollten UV-Bestrahlungsgeräte außerhalb der Heilkunde nicht nutzen. Im Zweifelsfall lassen Sie den Hauttyp ärztlich bestimmen. Wird für Sie ein individueller Dosierungsplan erstellt? Abhängig vom Hauttyp werden die Anfangsbesonnungszeit, das Intervall und die Intensität der Bestrahlungen festgelegt. Dabei sollten Sie auch nach Ihrem letzten Solariumsbesuch befragt werden.

4. Werden Sie befragt, ob Sie
 - viele Sonnenbrände in der Kindheit hatten
 - auffällig bzw. viele Muttermale haben
 - Hautkrankheiten oder Hautkrebs (auch in der Familie) haben oder hatten
 - Medikamente einnehmen?

Sofern Sie einen dieser Punkte mit ja beantworten, sollte das Personal von einer Bestrahlung abraten bzw. sollten Sie von einer Bestrahlung Abstand nehmen.

5. Erhalten Sie eine Informationsschrift zu den Gefahren und Risiken der UV-Bestrahlung?
6. Nutzen ausschließlich Personen über 18 Jahren das Solarium? Bei Kindern und Jugendlichen, die regelmäßig ins Solarium gehen, erhöht sich das Risiko, an Hautkrebs zu erkranken, um 75%.
7. Erhalten Sie (ungefragt) eine UV-Schutzbrille?
8. Wurden Sie in die Bedienung und Notabschaltung des Bestrahlungsgerätes eingewiesen?
9. Sind in der Kabine gut sicht- und lesbar Schutzhinweise angebracht?
10. Sind Warnhinweise auf dem Gerät angebracht? Maximale Bestrahlungsdauer, Höchstbestrahlungsdauer?
11. Schaltet das Gerät automatisch ab?

Falls Sie eine der Fragen mit nein beantworten, sollten Sie ein anderes Solarium aufsuchen.

Anschließend noch ein Ausblick nach Down Under: Der australische Bundesstaat New South Wales hat im Februar 2012 den Betrieb von Sonnenstudios zum Ende 2014 verboten.



Neues Marketing- und Kommunikationskonzept der bayerischen Gewerbeaufsichtsämter

Wir schnuppern erstmals Messeluft auf der Unterfrankenschau in Schweinfurt

Die öffentliche Wahrnehmung der Bayerischen Gewerbeaufsicht erhöhen, die Wiedererkennung erleichtern und unser positives Image stärken – diese Zielvorgaben hatten wir bei unserer ersten Teilnahme als Aussteller auf der diesjährigen Ufra.

Doch wie präsentiert man der breiten Öffentlichkeit eine Behörde mit einer derartigen Themenvielfalt? Sicherheit am Arbeitsplatz in den verschiedensten Branchen, Sicherheitsanforderungen an Produkte verschiedenster Art, vom Teddybär über die Stichsäge bis zur Biogasanlage? Man entschied sich als „Aufhänger“ für ein wichtiges exemplarisches Thema, mit dem wir auch im Privatleben in den nächsten Jahren verstärkt in Berührung kommen werden:

Aufgrund einer weltweiten Vereinheitlichung wird zurzeit die Kennzeichnung von Gefahrstoffen umgestellt. Und dies betrifft auch solche Produkte, die man vielfach im eigenen Haushalt wiederfindet. Darauf baute unser Messestand auf und stellte das neue weltweite Konzept „GHS“ anhand von Grillanzündern, WC-Duftsteinen und anderen Alltagsprodukten in einem Quiz vor.



den meisten Privatleuten noch völlig unbekannt. War das Eis erst mal gebrochen, teilten uns viele Besucher auch ganz unverblümt ihre Meinung zum neuen System mit. Dies reichte von „sehr sinnvoll, da weltweit einheitlich“ bis zu „schon wieder was Neues aus Brüssel“. Etliche Besucher sprachen uns dann aber auch gezielt zu weiteren Themen an. Häufig ging es zum Beispiel um die Lenkzeiten von LKW-Fahrern. Aber auch andere Fragen zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Arbeitsleben und zur Produktsicherheit wurden von uns in oftmals längeren Gesprächen behandelt. Überrascht hat uns das Interesse vieler Mandatsträger verschiedener politischer Parteien, die sich über unser breit gefächertes Tätigkeitsfeld informierten. Nach umfangreichen Vorausplanungen und neun anstrengenden Tagen am Messestand können wir sagen: Es hat sich gelohnt! Unser nächster Auftritt wird auf der kommenden Mainfrankenmesse im Herbst 2013 sein. Sie sind herzlich willkommen zu einem Besuch an unserem Stand!

Michael Wolf



Messebesucher informieren sich auf der Unterfrankenschau in Schweinfurt.

Die anfängliche fränkische Reserviertheit löste sich schnell und viele Besucher bekamen im Verlauf des Spiels sichtlich Spaß am Knobeln. Manchmal sprangen wir dann mit fachkundigen Tipps ein, schließlich waren die neuen Symbole



Kontakt

Tel.: 0931/380-1864

E-Mail: dezernat4@reg-uf.r.bayern.de

Mit System zur sicheren Arbeitsschutzorganisation

In Zeiten von immer komplexeren Anforderungen an den Arbeitsschutz aufgrund neuer Technologien und Prozesse sowie der notwendigen weiteren Reduzierung von Arbeitsunfällen und arbeitsbedingten Erkrankungen, auch im Blick auf den demografischen Wandel in der Gesellschaft hin, ist in den Betrieben ein immer effizienterer und systematischerer Arbeitsschutz notwendig. Hierbei kommt der Organisation des Arbeitsschutzes in den Betrieben eine besondere Bedeutung zu. Die Betriebe sind in ihrer Gesamtheit als Organisationsgebilde zu verstehen und zu betrachten. Mängel im Arbeitsschutz sind im Gesamtsystem zu suchen und aufzudecken, wie Fehler in der Delegationskette, in der Bereitstellung von Informationen oder durch unklare Zuständigkeiten und Abläufe.

Aufgrund dieser Entwicklung in der Arbeitswelt wurden die Überwachung der betrieblichen Arbeitsschutzorganisation und die diesbezügliche Beratung der Betriebe als Kernaufgabe des staatlichen Arbeitsschutzes durch den Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) in Form einer behördlichen Systemkontrolle festgelegt. Die Vorgehensweise und Anforderungen dieser Systemkontrolle in den Betrieben wurde in der LASI-Publikation LV 54 „Grundsätze der behördlichen Systemkontrolle“ im März 2011 als Handlungshilfe für die Arbeitsschutzbehörden der Länder veröffentlicht.

Somit wird zukünftig durch die Überwachungstätigkeit der Bayerischen Gewerbeaufsicht in Form der behördlichen Systemkontrolle eine kontinuierliche Verbesserung des Niveaus der Arbeitsschutzorganisation in den Betrieben in Bayern erzielt und gleichzeitig im Rahmen der Beratung eine funktionierende Arbeitsschutzorganisation bzw. ein Arbeitsschutzmanagementsystem als kontinuierlicher Prozess im Betrieb gefördert. Dies trägt langfristig auch zur Kostenentlastung der Betriebe sowie der sozialen Sicherungssysteme bei.

Gerd Weber



Stichwort LASI:

Der Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (LASI) ist das höchste fachliche Gremium für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik unterhalb der Ebene der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK). Im LASI arbeiten die Vertreterinnen und Vertreter der obersten Arbeitsschutzbehörden der Länder zusammen.



Kontakt

Tel.: 0931/380-1867

E-Mail: dezernat4@reg-ufr.bayern.de

Gewerbeaufsicht auf Truckertreffen



Am Pfingstwochenende veranstaltet alljährlich der Autohof Strohofer in Geiselwind das größte Truckertreffen Europas. Hier wird die „Fernfahrerromantik“ gepflegt; doch das umkämpfte Geschäft der Speditionen und Transportunternehmen zeigt leider ein völlig anderes Bild.

Das Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Unterfranken war 2012 erstmals mit einer eigenen Präsentationswand vertreten. Unternehmer, Disponenten und vor allem Lkw-Fahrer konnten ihre Fragen zum Fahrpersonalrecht und zum Gefahrguttransport loswerden. Meist interessierten die Ausnahmeregelungen wie die sogenannte „Handwerkerregel“ (Unter welchen Voraussetzungen darf ich als Handwerker ohne Aufzeichnungen fahren? Wie viele Gasflaschen darf ich als Installateur auf meinem Fahrzeug mitnehmen?) oder die Lenk- und Ruhezeiten bei Busreisen (Wann muss ich bei Wochenendfahrten ins Ausland eine Ruhezeit einlegen?). Eine Vielzahl von Fragen wurde zum Umgang mit dem digitalen Kontrollgerät gestellt (Meine Fahrerkarte ist vor kurzem abgelaufen, darf ich weiterfahren bevor die neue Fahrerkarte da ist?). Weitere Gesprächsthemen waren u. a. das von der EU beschlossene sog. „Road-Package“ (z.B. EU-weites elektronisches Zentralregister für Güter- und Personenkraftverkehrsunternehmen) oder das Für und Wider von sogenannten „Gigalinern“.



Beratung an der Präsentationswand des Gewerbeaufsichtsamtes der Regierung von Unterfranken.

Einige Trucker ließen ihre Fahrerkarten auf unseren PCs auswerten. Aufgezeigte Verstöße wurden nicht zur Anzeige gebracht, denn die Beratung stand im Vordergrund.

Auf dem Messegelände waren wir eingegrabt von kompetenten Standnachbarn, die sich ausnahmslos dem Thema „Sicherheit im Straßenverkehr“ verschrieben hatten: Die Verkehrspolizeiinspektion Würzburg-Biebelried informierte die Besucher zum Thema Ladungssicherung. Bei der Berufsgenossenschaft Verkehr konnten die Besucher mit Abstands-



Beispiel für die Kennzeichnung von Gefahrguttransportfahrzeugen.

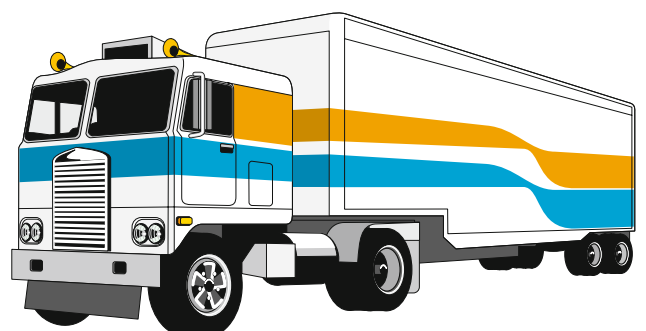
Aufprall- und Überschlagssimulator die Kräfte der Physik am eigenen Leib erfahren. Die B & E GmbH informierte über ihr Funkwarnsystem, mit dem verhindert wird, dass Lkw's ungebremst in Baustellenfahrzeuge rasen. Die Katholische Betriebsseelsorge leistet mit ihrer Fernfahrerseelsorge „Einparkhilfe für die Seele“. Beim Verkehrsbildungszentrum Mainfranken wurden Fragen nach dem Berufskraftfahrer-Qualifikationsgesetz beantwortet. Der arbeitsmedizinische Dienst für das Verkehrsgewerbe informierte über arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen.

Gefreut haben wir uns über das rege Interesse der Besucher an unserer Tätigkeit. In vielen Einzelgesprächen konnten die Kollegen feststellen, dass die psychomentalen Belastungen des Berufskraftfahrers durch Termindruck und Stress stetig zunehmen. Das Arbeitsumfeld des Fahrers verändert sich durch technische Neuerungen wie Fahrerassistenzsysteme oder Telematik. Tipps zur betrieblichen Gesundheitsförderung wurden mit Interesse entgegengenommen. Die Präsenz des Amtes mit einem Infostand beim Truckertreffen wurde durchwegs begrüßt. Hierdurch erhielten die Fahrer Gelegenheit direkt mit uns in Kontakt zu treten. Das Dezernat 1B wird die Regierung von Unterfranken auch 2013 wieder auf dem Truckertreffen repräsentieren.

Kontakt

Tel.: 0931/380-1821

E-Mail: dezernat1b@reg-ufr.bayern.de



Seit 2009 wurde in der Bayerischen Gewerbeaufsicht eine Organisationsoptimierung vorangetrieben. Ziel war es, die Effizienz bei komplexen Fragestellungen durch Konzentration bestimmter Aufgaben in **einem** Gewerbeaufsichtsamt zu erhöhen. Im Zuge dessen wurde am Gewerbeaufsichtsamt Würzburg im Laufe des Jahres 2012 das Kompetenzzentrum Wissen Chemie eingerichtet.

Das Kompetenzzentrum tritt nicht unmittelbar mit dem Bürger oder mit Unternehmen in Verbindung. Aufgabe des Kompetenzzentrums Wissen Chemie ist es in erster Linie, Spezialwissen zu bestimmten fachlichen Fragestellungen aufzubauen, vorzuhalten und an Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Gewerbeaufsicht weiterzugeben. Dies ist insbesondere aufgrund der hohen Komplexität des europäischen Chemikalienrechts notwendig geworden. So wird ein einheitliches Vorgehen in Bayern gewährleistet.

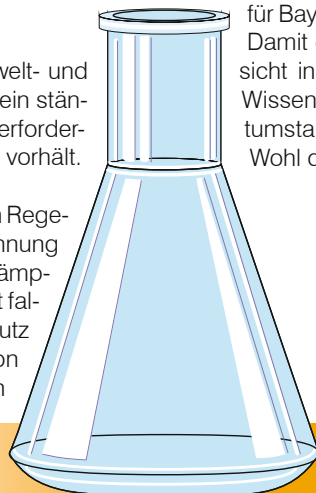
Das europäische Chemikalienrecht wird von der REACH-Verordnung dominiert. Verbraucher und Unternehmen sind direkt von diesen Regelungen betroffen. Um die Chemikaliensicherheit zu




Die neue Gefahrstoffkennzeichnung sorgt für reges Interesse.

erhöhen und den Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz zu verbessern, ist ein ständig aktuell gehaltener Wissensstand erforderlich, welchen das Kompetenzzentrum vorhält.

Ob es um die weltweit vereinheitlichten Regelungen zur Einstufung und Kennzeichnung von Chemikalien oder Schädlingsbekämpfungsmitteln, die unter das Biozidrecht fallen, geht, ob es Regelungen zum Schutz der Ozonschicht oder die Koordination von Marktüberwachungsprogrammen



ALTE ZEICHEN		NEUE ZEICHEN	
Bezeichnung		Bezeichnung	
Explosionsgefährlich		Explosierende Bombe	
Hochentzündlich Leichtentzündlich		Flamme	
Brandfördernd		Flamme über einem Kreis	
keine Entsprechung		Gasasche	
Ätzend		Ätzwirkung	
Sehr giftig Giftig		Totenkopf mit gekreuzten Knochen	
Gesundheitsschädlich Reizend		keine Entsprechung	
keine Entsprechung		Ausrufezeichen	
keine Entsprechung		Gesundheitsgefahr	
Umweltgefährlich		Umwelt	

© Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

betrifft, das Kompetenzzentrum Chemie soll künftig Auskunft und Hilfestellung zu komplexen Themenstellungen geben. Dazu wird es auch fallweise in die nationale und internationale Gremientätigkeit eingebunden.

Daneben wird der praktische Vollzug nicht zu kurz kommen. Seit Januar 2013 erfolgt die Überwachung des Internet-Chemikalienhandels für Bayern durch das Kompetenzzentrum. Damit deckt die bayerische Gewerbeaufsicht in Gestalt des Kompetenzzentrums Wissen Chemie auch künftig das wachstumstarke Feld des E-Commerce zum Wohl der Bürger im Freistaat ab.

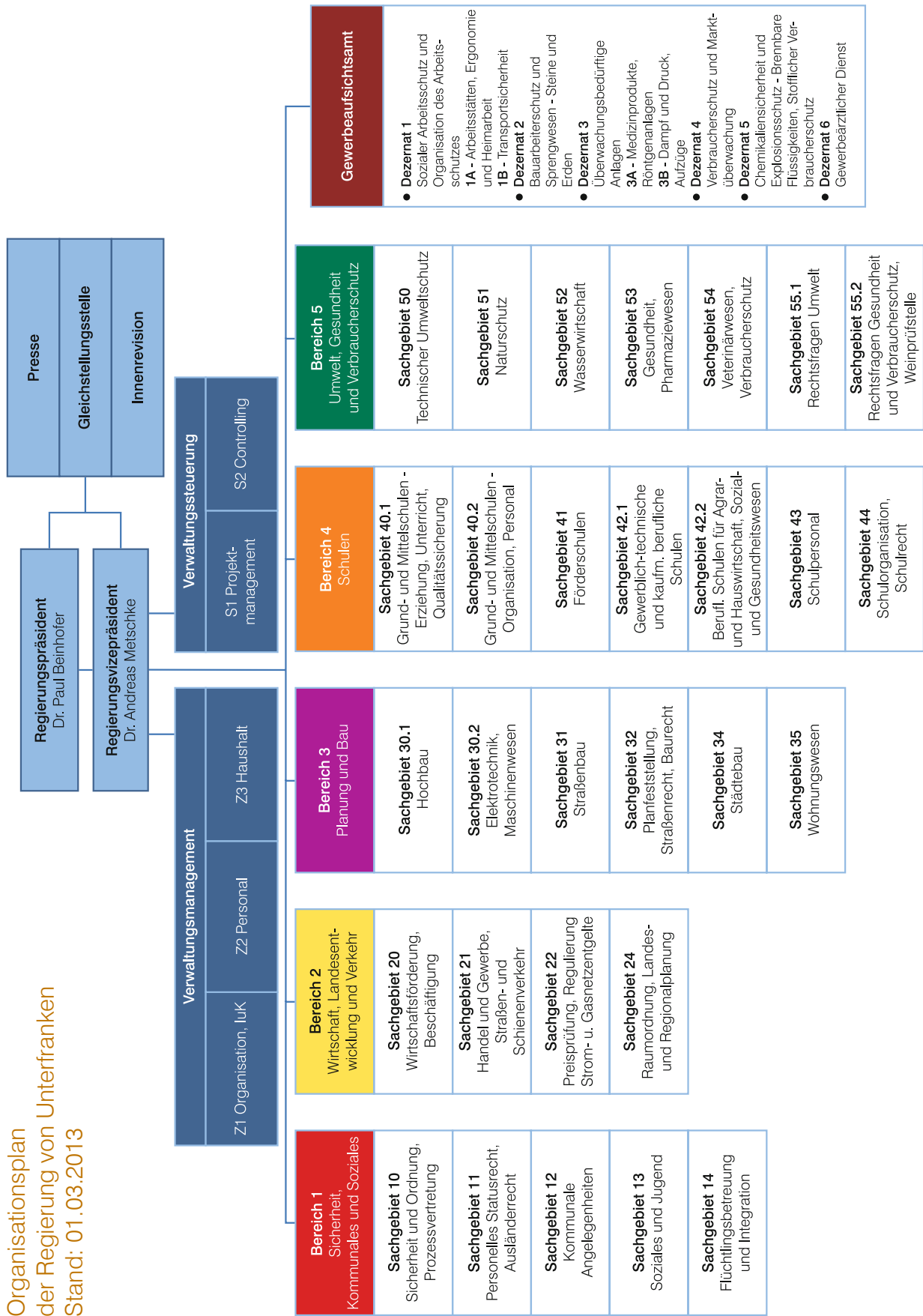
Dr. Matthias Zierhut

Kontakt

Tel.: 0931/380-1853

E-Mail: chemikaliensicherheit@reg-ufr.bayern.de

Organisationsplan
der Regierung von Unterfranken
Stand: 01.03.2013



Impressum

Herausgeber: Regierung von Unterfranken
Peterplatz 9
97070 Würzburg
Telefon: 0931/380-00
Fax: 0931/380-2222
E-Mail: poststelle@reg-ufr.bayern.de
Internet: <http://www.regierung.unterfranken.bayern.de>

Redaktion: Lydia Neubert
Johannes Hardenacke
Pressestelle

Satz und Layout: Günther Wendorff, IuK-Bereich
Bilder: Regierung von Unterfranken, soweit nicht
anders vermerkt
Druck: flyeralarm GmbH, Greußenheim

© Regierung von Unterfranken, alle Rechte vorbehalten



